

ÖKOSteuERNews 30 – SEPTEMBER 2004

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

GREEN BUDGET GERMANY

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de> und <http://www.eco-tax.info>

Fon 089-520113-13 Fax 089-520113-14 foes@foes-ev.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Wir sind auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen

(Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000).

ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL	1
2.	ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND	6
3.	ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL	13
4.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE	14
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND	14
6.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL	20
7.	FORUM FÜR DISKUSSIONSBEITRÄGE	21
8.	JOBS UND AUSSCHREIBUNGEN	22
9.	LINKS UND PUBLIKATIONEN.....	23
10.	VERANSTALTUNGEN.....	24
11.	FÖS: IN EIGENER SACHE	27

1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

Liebe Freunde der ÖkosteuER und Leser des ÖSN,

die diesmalige Ausgabe des FÖS-Newsletters soll Sie schon einmal auf die im Herbst erneut beginnende Diskussion um eine Weiterführung der

Ökologischen Steuerreform einstimmen. Insbesondere die Grünen haben angekündigt, konkrete Pläne für die geplante Weiterentwicklung der

Ökologischen Steuer- und Finanzreform vorzulegen.

In gewohnter Form haben wir wieder eine Zusammenfassung des umwelt- und steuerpolitischen Geschehens rund um die die ÖSR erstellt. Sehr gefreut haben wir uns über einen ausführlichen Bericht in der Frankfurter Rundschau über das neue FÖS-Memorandum und ein Interview von Kai Schlegelmilch zum selben Thema in der punkt.um. Weitere Themen sind die Diskussion um die höheren Benzinpreise und die von FÖS, Gregor Louisodor Umweltstiftung und NABU gemeinsam in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie zur Ökologischen Finanzreform in der Landwirtschaft. Diese ist genauso wie das Memo-

randum weiterhin über unsere Homepage www.foes-ev.de als Download oder als Druckfassung erhältlich.

Auch in dieser Ausgabe des FÖS- Newsletters finden sie – wie immer – weitere Pressemitteilungen zu Umwelt- und Finanzthemen sowie Veranstaltungshinweise und Literaturtipps. Gleich zu Beginn können Sie die Langfassung eines Artikels vom FÖS-Vorsitzenden Anselm Görres über die „weinerliche deutsche Elite“ – erschienen als Außenansicht in der Süddeutschen Zeitung – lesen.

Nun wünschen wir Ihnen ein erkenntnisreiches und spannendes Lesevergnügen!

Ihr FÖS-Team



Quelle: Karikatur aus taz vom 12. August 2004

Die deutsche Elite ist zu weinerlich

[Anselm Görres, leicht gekürzt erschienen in der Süddeutschen Zeitung vom 25.08.2004] In einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung nimmt FÖS-Vorsitzender Dr. Anselm Görres die Weinerlichkeit der deutschen Eliten aufs Korn, insbesondere der wirtschaftlichen und unternehmerischen Führungsschicht. Dass Deutschland vor oder besser, mitten in einer schwierigen Umbruchsphase steht, ist unbestritten. Ebenso ist klar, dass dieser Umbruch allen Beteiligten Härten und Schwierigkeiten zumutet, aber niemand scheint so unter Phan-

tomschmerzen zu leiden und laut über sie zu klagen wie die so genannte wirtschaftliche Elite.

Die Geschichte kennt vielerlei Eliten: Hartherzige und verweichlichte, korrupte und raffgierige, weise und aufgeklärte. Letzteres meist nur nach nationalen Schocks und für kurze Zeit. In Deutschland tritt neuerdings ein historisch völlig neuer Typus auf: Eine Elite voller Wehleidigkeit und Larmoyanz. Die Wehleidigkeit beginnt schon beim Thema Elite selbst: Dies sei negativ belegt, keiner wolle mehr zur Elite gehören, Eliten wür-

den nicht genügend gefördert, seien hierzulande nicht geachtet, heißt es. Unsere Eliten verdienen mehr Respekt: Haben sie nicht ein hartes Leben, vollbringen sie nicht Großes für unser Gemeinwesen?

Mitunter hat man den Eindruck, bei Deutschlands Elite – wer immer sich dazu zählen mag – müsse man sich echte Sorgen um die gesellschaftliche Anerkennung machen, fast schon wie bei benachteiligten Randgruppen. Sind unsere Eliten vielleicht Opfer eines Elite-Mobbings geworden, sollten wir sie unter den Schutz eines Elite-Beauftragten stellen?

Besonders wehleidig gibt sich momentan die wirtschaftliche und unternehmerische Elite des Landes – gerade ihr versage die Gesellschaft die gebührende Verehrung. Bei anderen gesellschaftlichen Eliten – etwa in Wissenschaft, Sport, Kultur – sind solche Klagen seltener. Die fehlende Anerkennung der unternehmerischen Eliten sei nicht nur ungerecht, sondern eine Ursache der wirtschaftlichen Schwäche des Landes, so die Devise. Denn ungerechtes Image erschwere den ohnehin harten Kampf gegen überbordende Bürokratie, wirtschaftsfeindliche Justiz und erdrückende Steuerlast. Das Volk verkenne den großen Beitrag des Unternehmers zum Gemeinwohl und neide dem Manager seine Bezüge.

Beispiel Unternehmerbild: In Schulbüchern und Unterricht werde der Unternehmer als kapitalistischer Ausbeuter diffamiert, seine tragende Rolle im Wirtschaftsleben nicht hinreichend gewürdigt. Mangelndes Prestige des Unternehmerberufs halte viele vom Gang in die Selbständigkeit ab, so die Klagen. Dabei waren diese vor 30 Jahren berechtigter: Damals erschien der Unternehmer – etwa in Martin Walsers Stück Überlebensgroß Herr Krott (1963), aber auch in vielen anderen Texten – als Inbegriff einer moralisch zwielichtigen Gestalt. Aber heute? In der Allensbacher "Berufsprestige-Skala" von 2003 steht der Unternehmerberuf an vierter Stelle, gleich nach Arzt, Geistlicher und Professor, damit noch einen Rang höher als 2001.

Beispiel Bürokratie: Ein FDP-Wahlspot zeigt deutsche Beamte als sadistische Allesblockierer. Hatten nicht FDP-Minister Jahrzehnte lang die zuständigen Ressorts Justiz, Innen und Wirtschaft inne? Der Eintrag ins Handelsregister soll hierzu-

lande 46 Tage dauern, woanders nur 30. Schrecklicher Gedanke! 1948 dauerte es sicher noch länger, weil das Registergericht zerbombt war. Hat das unser Wirtschaftswunder verhindert?¹ In Wahrheit gewinnt der Standort Deutschland mehr und mehr an Attraktivität, zumindest aus Sicht ausländischer Investoren. In keinem europäischen Land sind angelsächsische Venture-Kapitalisten derzeit intensiver auf Firmensuche als in Deutschland. Und erst im Juni weihte General Electric bei Garching sein europäisches Forschungszentrum ein.

Beispiel Wirtschaftsjustiz: Strafverfahren wie das gegen die Mannesmann-Manager gelten manchen als Beleg, dass deutsche Unternehmer in Furcht vor dem Kadi leben müssten. Aber hatten die Beteiligten nicht durch ihr Verhalten klar gemacht, dass sie sich wissentlich in einer Grauzone bewegten? Hatten die Prüfer sie nicht gewarnt? In den USA wurden Dutzende von Managern in Handschellen vor Gericht gezerrt und in einigen Fällen auch verurteilt. In Italien wären rechtschaffene Demokraten dankbar, wenn die Justiz noch die Unabhängigkeit besäße, Günstlingswirtschaft und Korruption der herrschenden Clique juristisch zu ahnden. Nur ein weinerliche Elite kann es beklagen, wenn die Gesetze des Landes auch auf sie selbst Anwendung finden. Wer die Erzeuger von Börsenblasen zum alleinigen Wertschöpfer erklärt, darf sich über ausbleibenden Beifall der Bevölkerung nicht wundern.

Beispiel Steuerlast: Noch immer addieren sich alle Unternehmenssteuern zu einer nominell hohen Spitzenlast – von einem Euro ausgeschütteten Vorsteuer-Gewinn bleiben als privates Netto für Inhaber von Kapitalgesellschaften nur 45 Cents übrig, für Einzelunternehmer etwa 50. Das gilt für Orte mit hohen Gewerbesteuern und wird nächstes Jahr etwas mehr. Aber Unternehmensbesteuerung in Deutschland gleicht Michael Endes Scheinriesen Tur Tur: Je näher man kommt, desto kleiner wird er. Im Vergleich der OECD-Länder liegt die deutsche Gesamtsteuerquote mit 20,9 Prozent

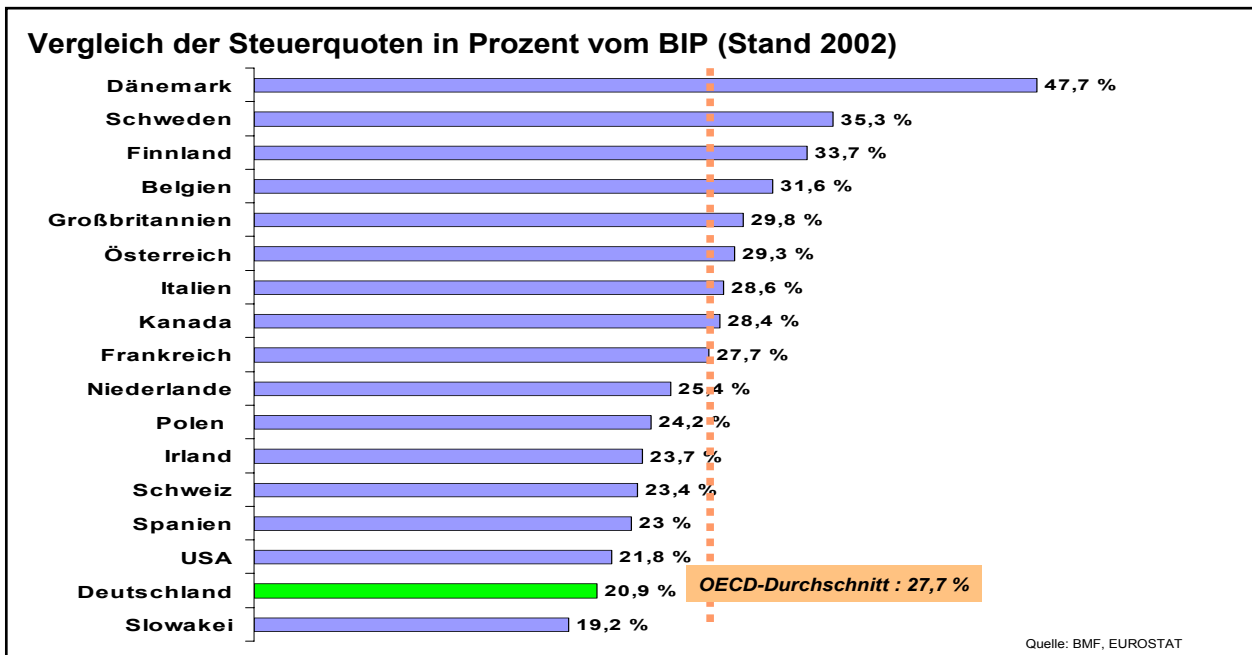
1

Als ich 1996 mein Unternehmen (<http://www.zmm.de>) gründete, hielt ich den Registerauszug drei Wochen später in der Hand. Ich hatte in den Anfangsjahren keinerlei bürokratische oder regulatorische Probleme – im Gegenteil, ich bekam vom Staat subventionierte Kredite, großteils sogar ohne private Absicherung.

vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) extrem niedrig – nur noch die Slowakei unterbietet uns.

Besonders gering aber ist in Deutschland der An-

größte Altruist, der am egoistischsten handelt? Bei manchen marktradikalen Liberalen klingt es leider so. Doch schlimmer kann man Adam Smith nicht missverstehen. Anders als die Pseudo-Smithianer



teil der von Unternehmen gezahlten Steuern: Er macht nur neun Prozent aller in Deutschland gezahlten Abgaben aus und liegt mit 3,3 Prozent vom BIP höchstens halb so hoch wie bei den meisten westeuropäischen Nachbarn! Wir sind Weltmeister der steuerlichen Hintertüren. Für private Anleger bleiben, anders als in den meisten Marktwirtschaften, Wertsteigerungen ihrer Investitionen völlig steuerfrei. Ein Münchner Unternehmer gab mir gegenüber offen zu: "In Wahrheit zahlt meine Sekretärin mehr Steuern als ich".

Beispiel Gemeinwohl: Manchem Unternehmer und Manager scheint schon die schiere Tatsache seines wirtschaftlichen Erfolgs als große und gemeinwohlstiftende Leistung zu gelten, die ihn zum Mitglied der Elite macht. Doch verdient wirklich jeder, der mehr Kohle macht als der Durchschnitt, schon deswegen den Ehrentitel Elite? Hier rächt sich ein von den Neoliberalen pervertierter Adam Smith. Richtig ist, dass Smith das historische Verdienst gebührt, die traditionell christliche, aber falsche Antinomie Eigennutz – Gemeinwohl überwunden und widerlegt zu haben. In der Marktwirtschaft kann egoistisches Handeln durchaus allgemeinen Nutzen stiften, somit altruistisch wirken. Aber ist deswegen derjenige der

von heute wusste er zwischen den gemeinnützigen Effekten effizienten Wettbewerbs und den egoistischen Motiven der Akteure zu unterscheiden:

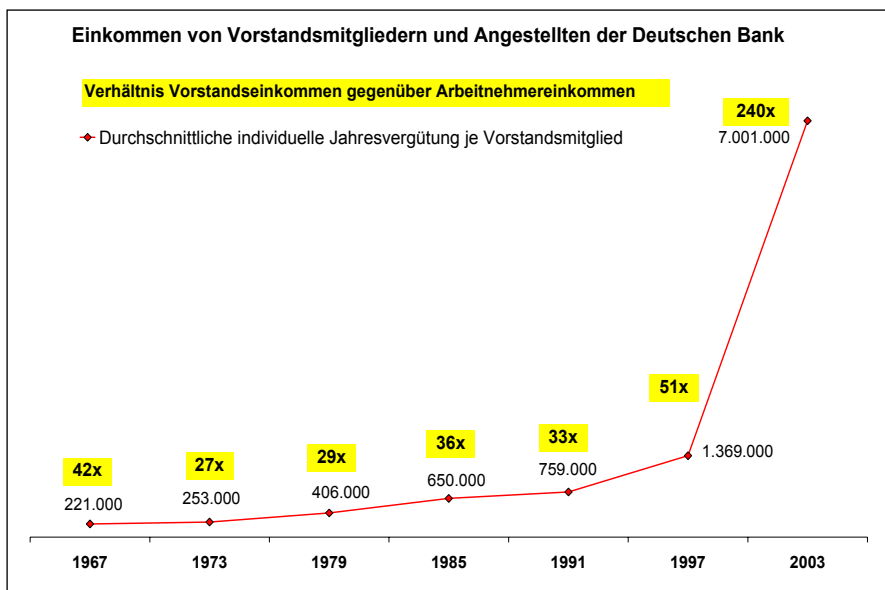
„Das Interesse der Kaufleute aller Branchen in Handel und Gewerbe weicht ... stets vom öffentlichen ab, gelegentlich steht es ihm auch entgegen. Kaufleute sind immer daran interessiert, den Markt zu erweitern und den Wettbewerb einzuschränken. ... Jedem Vorschlag zu einem neuen Gesetz oder einer neuen Regelung über den Handel, der von ihnen kommt, sollte man immer mit großer Vorsicht begegnen. Man sollte ihn auch niemals übernehmen, ohne ihn vorher gründlich und sorgfältig, ja sogar misstrauisch und argwöhnisch geprüft zu haben, denn er stammt von einer Gruppe von Menschen, deren Interesse niemals dem öffentlichen Wohl genau entspricht und die in der Regel viel mehr daran interessiert sind, die Allgemeinheit zu täuschen, ja sogar zu missbrauchen.“ (Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, 1776)

Beispiel Managerbezüge: Heute scheinen mindestens einige der Großverdiener einzusehen, dass man in den letzten Jahren doch deutlich über das Ziel hinausgeschossen ist – Korrekturbedarf wird vielerorts anerkannt, auch von den Managern selbst. Jahrzehntlang lag das Einkommen der Vorstände der Deutschen Bank beim dreißig- bis vierzigfachen eines Durchschnittsarbeitnehmers. Seit 2001 ist es auf das Zweihundertvierzigfache angestiegen, die bisherige Relation hat sich also mehr als versechsfacht!² Viele Manager reklamieren für sich selbst Gehälter wie in USA und Großbritannien, und drohen zugleich ihren Mitarbeitern mit den Löhnen Osteuropas. Zurecht hat Helmut Maier-Mannhart, ehemaliger SZ-Wirtschaftschef, die Frage aufgeworfen, warum denn die wenigstens deutschen Top-Manager die Jobs in USA bekommen, deren Gehaltsniveau sie anstreben.

Arbeitnehmer, oder für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger? Vor diesem Hintergrund erscheinen viele Klagen der Unternehmenschaft, insbesondere natürlich ihrer Verbände, oft übertrieben und deplatziert.

Über die mangelnde Anerkennung deutscher Eliten wird viel geklagt, aber selten nach Gründen gefragt. Dabei hat Geringschätzung der Oberschicht nicht gerade Tradition bei uns – andere Völker sind mit ihren Eliten ungnädiger umgesprungen. Wir Deutschen haben keine Könige guillotiniert, keine Zaren ermordet, nie eine wirkliche Revolution durchgeführt. Doch ein Blick in unsere Geschichte der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts erklärt vielleicht die Geringschätzung, die spätestens die 68er-Generation den Eliten entgegenbrachte. Von 1900 bis 1950 hat sich von Deutschlands Eliten so gut wie keine mit

Ruhm bekleckert: Nicht Adel und höheres Beamtentum, weder Klerus noch Professorenstand, schon gar nicht die politische Klasse. Mitnichten ist die deutsche Unternehmenschaft in diesen Jahren durch höhere Einsicht hervorgetreten. Mit wenigen Ausnahmen kamen von ihr kaum Beiträge zur Lösung der sozialen Frage, wenig Kritik am Flottenpatriotismus von Wilhelm II, selten konstruktive Beiträge zum Aufbau der Weimarer Politik und schon gar keine Einwände gegen die Naziherrschaft – **im Gegenteil**. Vielleicht hat ja die



Niemand behauptet, wir hätten keine echten Probleme. Doch was wir am wenigsten brauchen, ist Jammern über aufgebauschte Phantomschmerzen. Lerne zu klagen, ohne zu leiden – dies gilt als Leitspruch Hamburger Kaufleute. Halten sich Deutschlands Unternehmer vielleicht allzu eifrig an dieses Motto? Die heutige Lage ist für Unternehmer kein Zuckerschlecken. Doch ist sie das für

begrenzte gesellschaftliche Anerkennung deutscher Eliten etwas zu tun mit diesem kollektiven Versagen?

Auch angesichts der großen Herausforderungen unseres Jahrhunderts – menschengerechte Globalisierung, verantwortliche Lösung der Umweltprobleme, soziale Gerechtigkeit innerhalb und zwischen Staaten – sind von unseren Eliten wenig Beiträge zu konstatieren. Was bewirken Unternehmer für die Umwelt, wenn sie plakativ das eine oder andere Öko-Almosen spenden, aber mit Ökosteuern und Zertifikaten die beiden wirksamsten Umweltinstrumente blockieren?

² Hans-Hagen Härtel, Fundamentaler Wandel der Maßstäbe, in Heft 6, Wirtschaftsdienst 2004, hier zitiert nach: http://www.hwwa.de/Publikationen/Wirtschaftsdienst/2004/wd_docs2004/wd0406H%E4rtel.pdf

Respekt klagt man nicht ein, man muss ihn verdienen: durch überdurchschnittliche Leistung, durch Beiträge für die Gemeinschaft, durch Verantwortung für die Zukunft. Ich kenne niemanden

in Deutschland, der einer derart geadelten Elite den Respekt verweigern würde.

Ihr Anselm Görres

2. ÖFR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

So geht's weiter

[DNR Redaktionsbüro Info-Service, 24.08.2004]
Die Grünen werden im Herbst einen Plan für eine "ökologische Finanzreform" vorlegen. Auf's Tapet kommt dann auch die Ökosteuer, die nach Ansicht der Partei im internationalen Vergleich eher zu niedrig ist.

.Die Grünen rechnen mit einem heißen Herbst in der Berliner Koalition: Denn der Juniorpartner möchte mit einer "ökologischen Finanzreform" den Umweltschutz voranbringen. Darüber und über eine "Weg- vom- Öl-Strategie" sowie die Überarbeitung des nationalen Klimaschutzprogramms müsse im Herbst mit dem Koalitionspartner SPD geredet werden, kündigte der Vizevorsitzende der Grünen-Fraktion, Reinhard Loske, am Montag an. Knackpunkt könnte dabei die Ökosteuer sein, die laut Loske wieder auf dem Prüfstand steht und im internationalen Vergleich eher zu niedrig als zu hoch sei.

SPD-Fraktionsvize Müller warnt vor Schnellschüssen

SPD-Fraktionsvize Michael Müller sagte der Nachrichtenagentur DPA: "Ich warne vor Schnellschüssen". Die SPD werde zunächst den von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) erbetenen Erfahrungsbericht zur bisherigen Ökosteuer-Erhebung seit April 1999 abwarten. Fachleute der rot-grünen Koalition gehen davon aus, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) wegen der anhaltend hohen Ölpreise bei noch ungefestigter Konjunktur eine neue Ökosteuererhöhungsrunde nicht zulassen wird. 2003 flossen daraus rund 17 Milliarden Euro in die gesetzliche Rentenversicherung, wodurch eine Beitragsexplosion verhindert wurde.

Die Ökosteuer-Diskussion ist laut Loske aber noch zu führen. Zu berücksichtigen sei, dass die Lohnnebenkosten, die "wie eine Strafsteuer auf Arbeit" wirkten, nach wie vor zu hoch seien, die Umwelt- und Verbrauchsteuern europaweit dagegen im hinteren Mittelfeld liegen würden. Zumindest seien die Ermäßigungen für die Industrie abzubauen, da der Kohlendioxid (CO₂)-Abbau im Rahmen des 2005 startenden Emissionshandels unter ihrer Selbstverpflichtung bleibe.

"Die Schiene ist hoffnungslos unterfinanziert"

"Unser Gesamtkonzept werden wir im Herbst präsentieren", so Loske. "Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich hierzu positioniert." Zur ökologischen Finanzreform gehöre vor allem der Abbau umweltschädlicher Subventionen. Einen Wegfall der Eigenheimzulage unterstützt auch die SPD. Sie ist aber gegen neue Kürzungen bei der Pendlerpauschale, die Loske zugunsten von Schieneninvestitionen für nötig hält. "Die Schiene ist hoffnungslos unterfinanziert. Das ist für uns Grüne inakzeptabel."

Die von Eichel bisher noch abgewehrte Senkung der Mehrwertsteuer für Bahntickets im Fernverkehr ab einer Strecke von 50 Kilometern, von 16 auf sieben Prozent sollte durch die Einführung dieser Steuer für innereuropäische Flugtickets finanziert werden, betonte Loske. Zudem sei die Kfz-Steuer stärker am Kohlendioxid-Ausstoß zu bemessen. Beim Subventionsabbau für die Steinkohle gebe es zwar eine rot-grüne Vereinbarung. "Wenn es nach uns geht, kann der Pfad in Zukunft aber noch deutlich degressiver verlaufen", fügte Loske hinzu.

FÖS in der Presse: "Tanken für die Rente" soll aufhören

[Joachim Wille, Frankfurter Rundschau, 30.08.2004] Die Ökosteuer-Lobby fordert von Rot-Grün, weitere Schritte der ökologischen Steuerreform von 2005 an zu beschließen. "Tanken für die Rente" soll aber nicht mehr das Ziel sein. Ihr Vorschlag: Das Geld zur Entlastung in anderen Bereichen und auch für Umwelt- und Energieprojekte zu verwenden.

Der Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS), in dem prominente Umwelt- und Finanzexperten zusammengeschlossen sind, erinnert SPD und Grüne an ihre Festlegung im Koalitionsvertrag von 2002: Im Jahr 2004 soll über die "Weiterentwicklung" der ökologischen Steuerreform beraten werden. Diese Beratungen müssten jetzt nach der Sommerpause zügig aufgenommen werden.

Die bisherigen fünf Ökosteuer-Schritte 1999 bis 2003 bezeichnet der Verband als Erfolg. Sie hätten nicht nur zur Verminderung des Energieverbrauchs - etwa im Verkehr - beigetragen, sondern auch die Rentenkassen spürbar entlastet. Zwischen 1998 und 2001 sanken die Rentenbeiträge dadurch von 20,3 auf 19,1 Prozent. Ohne Überweisung aus dem Ökosteuer-Aufkommen von inzwischen jährlich rund 17 Milliarden Euro lägen sie heute statt bei 19,5 bei 21,2 Prozent. Allerdings dürfe die Mitfinanzierung der Rente nicht ad infinitum ausgebaut werden, meint der FÖS. "Dann wäre in der Tat der Vorwurf gerechtfertigt, dass die Ökosteuerbeiträge den notwendigen Reformen des Rentensystems im Weg stehen", heißt es in der Stellungnahme des Vereins.

Der FÖS schlägt vor, eine Weiterführung der Ökosteuer-Reform bis 2009 zu beschließen. Der Liter Sprit soll danach in fünf jährlichen Stufen um jeweils drei bis fünf Cent verteuert werden, der Liter Heizöl um zwei, die Kilowattstunde Gas um 0,14 und die Kilowattstunde Strom um 0,25. Diese Schritte würden im Jahr 2010 zusätzliche Einnahmen von 24,2 Milliarden Euro bringen.

Der Förderverein schlägt mehrere Möglichkeiten vor, wie diese Mittel sinnvoll verwendet werden können: Senkung der Beitragssätze zur Arbeitslosen- oder zur Krankenversicherung, Finanzierung einer grundlegenden Einkommensteuerreform, Ersatz für eine mögliche Erhöhung der Mehrwertsteuer oder Senkung des Mehrwertsteuersatzes für den Schienenverkehr von 16 auf sieben Prozent. In jedem Fall aber sollten zehn Prozent des Ökosteuer-Aufkommens zur Finanzierung von Umweltprojekten eingesetzt werden - wie zum Beispiel für Wärmedämmung von Gebäuden, Ausbau erneuerbarer Energien im Wärmemarkt oder Naturschutz zwecks Klima-Entlastung. Bisher fließen nur drei Prozent in solche Fördermaßnahmen.

Der FÖS räumt ein, dass die Ökosteuer-Reform in der breiten Öffentlichkeit nicht sehr populär ist. "Der sprichwörtliche kleine Mann, aber auch Angehörige wohl informierter Eliten hängen dem Irrtum an, eine Ökosteuer sei erst dann ökologisch, wenn sie für Ökozwecke verwendet würde", heißt es in der Stellungnahme. Da diese Ansicht offenbar nicht aus der Welt zu schaffen sei, "müssen wir ihr wenigstens ein wenig entgegenkommen". Alle Ausgaben im Ökobereich müssten aber streng daraufhin überprüft werden, ob sie auch effektiv seien. Es dürfe "keine Förderpolitik mit der Gießkanne entstehen".

Der Förderverein

Der **Förderverein Ökologische Steuerreform** (FÖS) ist eine überparteiliche Organisation, die für eine ökologische Finanzreform eintritt. Er erarbeitet insbesondere Vorschläge zur **ökologischen Ausrichtung des Steuersystems** – marktwirtschaftliche Lenkungsinstrumente sollen den Verbrauch an fossiler Energie und an Rohstoffen begrenzen. Im FÖS-Beirat sitzen **Umweltexperten** wie die Politiker Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD) und Josef Göppel (CSU), der Klimaforscher Hartmut Graßl und der Deutsche-Bank-Chefvolkswirt Professor Norbert Walter.

Interview zum neuen FÖS-Memorandum

[Kai Schlegelmilch] Für die Zeitschrift punkt.um hat Kai Schlegelmilch folgendes Interview zu den Vorschlägen des FÖS für eine Weiterentwicklung der Ökologisch-Sozialen Steuerreform ab 2005 gegeben:

punkt.um: Der Förderverein Ökologische Steuerreform hat neue Vorschläge für die Ökosteuer 2005 vorgelegt. Wo soll sich etwas ändern?

Kai Schlegelmilch: Zum Beispiel bei den Heizstoffen. Hier sollte eine Kohlesteuer eingeführt werden, um alle fossilen Energieträger gleich zu behandeln. Außerdem fordern wir strukturelle Verbesserungen, zum Beispiel sollte die Mehrwertsteuerbefreiung im internationalen Flugverkehr abgeschafft und für den Schienenpersonenfernverkehr eine Ermäßigung eingeführt werden, da gibt es bisher eine krasse Verzerrung.

Die Mehreinnahmen, zum Beispiel durch die Kohlesteuer, sollen nach Meinung des FÖS nicht mehr in die Rentenkasse fließen. Wie soll das Geld eingesetzt werden?

Wir setzen weiterhin auf eine Verlagerung der Abgabenlasten: Was schlecht ist soll besteuert werden, was gut ist soll tendenziell entlastet werden. Wir sehen aber auch, dass man das potenziell weitere Ökosteueraufkommen für eine allgemeine Steuerreform verwenden sollte, etwa eine Einkommensteuerreform; auch für Umweltzwecke ist eine Verwendung in Maßen akzeptabel.

Der FÖS schlägt vor, die zusätzlichen Einnahmen ab 2005 variabel zu verwenden, also ohne Zweckbindung. Wird die Ökosteuer damit nicht im jeweils größten Haushaltsloch verschwinden?

Nein, wir würden strikt darauf achten, dass ihr Aufkommen sinnvoll verwendet wird. Wir wollen die Aufkommensneutralität [*] auf einer höheren Ebene wahrnehmen, nicht mehr nur von der Rente zu den Energiesteuern, sondern allgemein. Das Abgabenniveau muss tendenziell sinken und dazu kann die Ökosteuer einen Beitrag leisten.

Zehn Prozent der zusätzlichen Einnahmen sollen für Ökoprojekte verwendet werden ...

... **dürfen** für Ökoprojekte verwendet werden! Das ist im Prinzip der schwierigste Punkt der Diskussion gewesen. Dafür (für Ökoprojekte) spricht die Erwartungshaltung in der Bevölkerung. Dort gibt es seit Jahren eine klare Tendenz für eine stärkere Verwendung der Ökosteuer für Umweltmaßnahmen. Dem steht entgegen, dass wir primär Kosten beim Faktor Arbeit reduzieren wollen. Außerdem entsteht die Hauptumweltwirkung der Ökosteuer eben nicht durch ihre Verwendung zugunsten der Umwelt, sondern durch ihren Anreiz zum Energiesparen.

Wie könnten solche Umweltprojekte aussehen?

Der FÖS kann sich zum Beispiel vorstellen, dass die Mehrwertsteuer im Schienenpersonenverkehr von derzeit 16 auf sieben Prozent reduziert wird. Das wäre eine konkrete Maßnahme, sie würde einer großen Bevölkerungsgruppe zugute kommen und würde somit auch die Akzeptanz für die Ökosteuer steigern. Ein weiterer Punkt wäre ein Förderprogramm für Wärmedämmung im Altbau. Das ist sehr beschäftigungsfördernd und kann viel Energie einsparen.

Eine Bundesratsinitiative der unionsgeführten Länder fordert seit kurzem, die Ökosteuer abzuschaffen und der Kanzler spricht sich gegen weitere Erhöhungen aus. Hat die Ökosteuer unter diesen Rahmenbedingungen überhaupt eine Zukunft?

Die Debatte ist ja nicht neu. Faszinierend ist, dass Kritiker, Experten und Wissenschaftler im Finanzausschuss im Jahr 2000 klar gesagt haben, jetzt, wo die Ökosteuer einmal beschlossen ist, hat sich jeder auch auf die Erhöhungen eingestellt. Es macht keinen Sinn sie wieder abzuschaffen. Damit würde man wesentlich mehr zerstören, als wenn man die damals noch kommenden Schritte umsetzt. Es zeigt sich einfach, dass es ganz wichtig ist, Investitionssicherheit zu geben.

Man hört ja bei der Union vielleicht tatsächlich eine Tendenz raus, dass sie die Ökosteuer ab-

schaffen will. Aber ich halte das eher für politisches Geplänkel; das Geld braucht die Union genauso. Mir scheint, es geht um den symbolischen Akt. Aber vielleicht will sie dafür dann ab 2010 eine PKW-Maut einführen, und das könnte sogar noch viel besser sein, weil die Maut ein viel zielgenaueres, und exakter zu steuerndes Instrument ist.

Weniger Mehrwertsteuer für die Bahn?

[*News@sonnenseite.com, 01.08.2004*] Wird endlich wahr, was schon lange versprochen ist? Umweltminister Jürgen Trittin hat angekündigt, dass die Bundesregierung die Steuern auf Fernreisetickets der Bahn reduzieren werde. Noch im Herbst soll entschieden werden, den Mehrwertsteuersatz von 16 Prozent auf 7 Prozent zu senken. "Ich glaube, dass wir da auf gutem Wege sind", sagte Trittin. Der Nahverkehr ist schon bisher steuerbegünstigt. Um die Bahn im Konkurrenzkampf mit

[*Neue Steuern können für private Haushalte und Wirtschaft aufkommensneutral sein, wenn an anderer Stelle in gleicher Höhe Steuern oder Abgaben gesenkt werden (zum Beispiel bei der Rentenversicherung).]

<http://www.oekom.de/verlag/german/periodika/punktum/>

Billigfliegen zu unterstützen, will Trittin den Steuersatz für die Bahn nun auch im Fernverkehr senken. Das wäre nicht mal ein Ausgleich dafür, dass Flugzeuge grundsätzlich keine Kerosinsteuer bezahlen. Das Finanzministerium reagierte auf Trittins neuen Vorstoß mit dem Kommentar: "Kein Kommentar". Das Ziel, dass Trittin jetzt betonte steht bereits im Koalitionsvertrag von rot-grün.

Ökologisch-Soziale Steuerreform kommt auch unteren Einkommensgruppen zu Gute

[*Christian Meyer, FÖS*] Die scheinbare soziale Schieflage der Ökologisch-Sozialen-Steuerreform steht immer wieder in der Diskussion. Kai Schlegelmilch hat dazu eine Reihe von Fakten zusammengestellt, die zeigen, dass insbesondere eine Reihe von Ausnahmen (z.B. die ermäßigten Sätze für den Öffentlichen Verkehr oder Reduzierungen bei Nachtspeicherheizungen) gezielt sozial Schwache unterstützen.

Die positiven Effekte – wie eine geringere Umweltbelastung, das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen – übertreffen eine geringfügig höhere Mehrbelastung (unter ein Prozent des Nettoeinkommens) bei weitem. Hinzu kommt, dass Geringverdiener oft an Hauptverkehrsstraßen woh-

nen und nach Untersuchungen überproportional durch Umweltschäden (Lärm, Umweltkrankheiten) belastet werden. Sozialhilfeempfänger bekommen außerdem die vollen Heizkosten erstattet und der Anteil der nicht-motorisierten Haushalte ist gerade bei den untersten Einkommen besonders hoch, so dass der Anstieg der Kraftstoffpreise für sie von eher geringer Bedeutung ist.

Die Einbettung der Ökologischen Steuerreform in erhebliche Senkungen der Einkommenssteuer und der mehrfachen Erhöhung des Kindergeldes, verstärken diese soziale Seite der Reform.

Unter <http://www.foes-ev.de/downloads/SozialeWirkungen.pdf> stehen die Folien zum Download bereit.

Strompreise: Mächtig teuer

[*Nick Reimer, taz, 07.09.2004*] Eine alte Regel der Marktwirtschaft besagt: Teures Gut wird seltener gekauft als billiges. Insofern darf das grüne Herz jetzt lachen. Strom soll ab Januar etwa 35 Euro pro Jahr und Haushalt teurer werden. Was Stromspartipps und Kampagnen bislang nicht schafften, könnte jetzt Realität werden - vorausgesetzt, die These stimmt: Teurer Strom ist ökolo-

gisch gut. Immerhin beweist die Ökosteuer: Auch teurerer Sprit wird sparsamer eingesetzt. blieb der Absatz in den 90ern weitgehend konstant, brach er seit Einführung der Ökosteuer um 15 Prozent ein.

Ist teurer Strom also guter Strom? Mitnichten. Zwar ist sein Preis in den letzten zehn Jahren um 8,5 Prozent gestiegen, trotz Marktliberalisierung. Statt zu sinken, ist aber auch der Verbrauch ge-

wachsen - in derselben Größenordnung. Völlig zu Recht regt sich derzeit alles über 35 Euro mehr für Strom auf. Dagegen tut aber kaum jemand etwas. Obwohl es ein Leichtes wäre, sich zu wehren: Wer seinen Saft von einem alternativen Anbieter bezieht, kann schon heute stellenweise fast das Doppelte der angekündigten Preiserhöhung sparen - 65 Euro. Gewechselt haben nicht mal 2 Prozent. Dieses Phänomen liegt am Produkt: Anders als die Tankfüllung ist Strom sinnlich nicht wahrnehmbar. Der Stromzähler ist hinterm Schuhregal versteckt. Und die Tankfüllung wird online bezahlt, die Stromrechnung aber per Dauerauftrag.

In diesem Fall schadet Strom, der teurer wird, der Umwelt: Zwar widerlegen es die blanken Fakten -

trotzdem muss die ökologische Erneuerung der Energiewirtschaft als Sündenbock herhalten. Die Konzerne begründen ihre Rechnung zu unseren Lasten mit mehr regenerativer Energie in ihren Netzen. Obwohl die geplante Erhöhung dreimal mehr Geld in ihre Kassen spült, als das gesamte Erneuerbare-Energien-Gesetz kostet - ein negativer Geschmack bleibt. Der Strompreis zeigt derzeit nichts anderes an als die Macht, die die Stromriesen besitzen. 4 Konzerne beherrschen über 90 Prozent des deutschen Markts - und werden alles tun, damit das so bleibt. Den Stromanbieter zu wechseln ist deshalb nicht nur eine ökologische Tat. Sondern auch eine demokratische.“

Umweltorganisationen fordern ökologische Finanzreform in der Landwirtschaft

[Pressemitteilung Gregor-Louisoder-Umweltstiftung, FÖS, NABU, 28.07.2004] Der Förderverein Ökologische Steuerreform, die Gregor-Louisoder-Umweltstiftung und der Naturschutzbund NABU haben die Bundesregierung in einer neuen Studie aufgefordert, im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen sämtliche Agrarsubventionen auf den ökologischen Prüfstand zu stellen.

„Angesichts der fortdauernden Umweltprobleme in der Landwirtschaft ist ein konsequenter Abbau umweltschädlicher Subventionen sowie die Einführung ökonomischer Anreizinstrumente überfällig“, sagte Kai Schlegelmilch vom Förderverein FÖS. Wichtig sei insbesondere eine stärkere Integration von ökologischen Aspekten in die Steuer- und Finanzpolitik zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft.

Zwar sei die Umsetzung der EU-Agrarreform bereits ein Schritt in die richtige Richtung, dennoch müsse nach Auffassung der drei Organisationen noch viel getan werden, um umweltschädigende Produktionsweisen unrentabel zu machen. So dürfe den landwirtschaftlichen Betrieben keine Steuervergünstigung für fossile Energieträger wie Agardiesel mehr gewährt werden. Stattdessen sollten energiesparende und ressourcenschonende Be-

triebe sowie die Einführung von Biokraftstoffen gezielt gefördert werden. „An vielen Fehlentwicklungen sind nicht die einzelnen Bauern schuld, sondern ein falsches Subventionssystem, das umweltgefährdendes Wirtschaften finanziell attraktiv macht“, sagte Claus Obermeier von der Louisoder-Umweltstiftung.

Die Studie belege zudem die Eignung ökonomischer Instrumente zur Reduzierung des Pestizid- und Düngemittelverbrauch. Daher werde eine zeitlich gestaffelte Einführung von Abgaben auf Pestizide und Düngemittelüberschüsse vorgeschlagen. Die Einnahmen sollten durch eine gezielte Rückführung in den Agrarsektor möglichst aufkommensneutral sein, um Wettbewerbsnachteile zu vermeiden und die ökologische Wirkung zu verstärken. „Die Kombination aus Abgaben und Anreizmechanismen stellt ein ideales Instrument dar, um die Umweltbelastungen der Landwirtschaft flächendeckend zu reduzieren“, so der politische NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller.

Die Studie ist als Download im Internet zu finden unter <http://www.foes-ev.de/downloads/StudieFinanzreformLandwirtschaft.pdf>

„Fahren Sie mit femininem Fuß!“

[Berliner Zeitung, Jörg Michel, 11.08.04] Umweltbundesamt-Chef Troge über Benzinpreise, die

Ökosteuer, die Autoindustrie und die Macht der Öl-Konzerne.

Herr Troge, was haben Sie gedacht, als Sie das letzte Mal an der Tankstelle waren?

Ich habe gedacht, dass jetzt genau das eingetreten ist, was wir vor zwanzig Jahren vorausgesagt haben. Nämlich, dass die Benzinpreise Jahr für Jahr steigen werden.

Ist Benzin in Deutschland zu teuer?

Dem Menschen scheint es vielfach zu teuer. Doch man muss bedenken: Rohöl wird immer knapper und der weltweite Verbrauch nimmt zu. Höhere Preise sind die logische Folge. Das wird sich im Trend nicht mehr ändern. Im Gegenteil. Ich erwarte langfristig weiter steigende Benzinpreise. Für die Kunden habe ich aber einen Tipp: Wer mit femininem Fuß fährt - also früh hoch schaltet und vorausschauend das Auto bewegt - spart zehn bis fünfzehn Prozent Sprit. Umgerechnet bedeutet dies, dass alle zwei Wochen eine Fahrt zur Arbeit praktisch umsonst ist. Benzin sparen ist das beste Mittel gegen hohe Preise.

Viele werfen den Mineralölkonzernen Abzocke vor.

Ganz so drastisch sehe ich das nicht. Richtig ist aber: Wenn wir mehr Wettbewerb zwischen den Mineralölkonzernen hätten, wären die Benzinpreise etwas niedriger. Ich würde mir das ebenso wünschen wie die Autofahrer. Allerdings kann keiner ernsthaft erwarten, dass wir in Deutschland jetzt das OPEC-Kartell knacken oder dass Deutschland die großen Mineralölgesellschaften der Welt mit seinem Kartellrecht herausfordern könnte.

Wir sind also völlig machtlos?

Nicht ganz. Wenn wir in Brüssel eine scharfe Aufsichtsbehörde hätten, dann könnten wir schon Druck auf die Konzerne ausüben. Ich bin für eine europäische Missbrauchsaufsicht. Dann wäre europaweit eine wirksamere Kontrolle der Preispolitik möglich.

Welchen Preis-Effekt könnte man damit erzielen?

Der wäre zwar nicht riesig. Fünf bis zehn Cent pro Liter wären aber vielleicht drin.

Wieder wird der Ruf nach einer Senkung der Ökosteuern laut. Ist das eine gute Idee?

Nein. Die Ökosteuern müssen langfristig erhalten bleiben. Seit ihrer Einführung 1999 ist der Benzinverbrauch um knapp neun Prozent zurück gegangen. Das zeigt, dass die Ökosteuern - neben den Weltmarktpreisen - wirkt. Sie ist ein Erfolg.

Müsste die Ökosteuern dann nicht sehr viel höher sein als bisher?

Ich halte eine wirksame ökologische Finanzreform für wichtiger. Ökologisch unsinnige Subventionen wie die Ausnahme für Kerosin von der Mineralölsteuer, die Eigenheimzulage und die Entfernungspauschale müssen abgebaut werden. Das hat mindestens eine so hohe Lenkungswirkung wie eine höhere Ökosteuern. Ludwig Erhardt hat einmal gesagt: Wer Fressnapfe aufstellt, braucht sich nicht zu wundern, dass auch satte Hunde fressen. Das müssen wir ändern.

Hat die deutsche Autoindustrie genug getan, um den Benzinverbrauch der Wagen zu senken?

Sie wird wohl ihr Ziel erreichen, den Ausstoß von Kohlendioxid bei Kraftfahrzeugen zwischen 1995 bis 2005 um ein Viertel zu senken. Ihr Potenzial hat sie damit aber noch nicht ausgeschöpft. Ich würde mir da mehr Ehrgeiz wünschen. 20 Prozent aller Effizienzgewinne durch sparsamere Motoren werden von der höheren Leistung des Wagens aufgefressen. Da muss man sich schon fragen, ob das alles immer nötig ist. Während ein neu zugelassenes Benzinauto 1990 durchschnittlich über neun Liter verbraucht hat, waren es 2002 noch 7,8 Liter. Da passiert mir eindeutig zu wenig. Bei Dieselwagen sieht es etwas besser aus. Da hat die Autoindustrie anders als bei den Diesel-Rußfiltern viele Innovationen gebracht.

Ist grüner Sprit etwa aus Biomasse ein Ausweg?

Langfristig ja. Kurzfristig sind sie allein keine Lösung. Denn die Herstellung nachwachsender Energieträger ist derzeit mindestens vier Mal so teuer wie fossile Energieträger. Mit anderen Worten: Benzin müsste sehr viel teurer werden, damit sich diese Kraftstoffe lohnen.

Was muss man tun, um unabhängiger vom Öl zu werden?

Wir müssen erneuerbare Energien langfristig weiter ausbauen. Die Bundesregierung ist da auf dem richtigen Weg. Kurzfristig müssen wir die Ener-

gieumwandlung effizienter machen. Wir brauchen bei Kohlekraftwerken höhere Wirkungsgrade und mehr umweltschonende Kraft-Wärme-Kraftwerke. Und wir müssen mehr Energie einsparen, speziell in den Haushalten.

Was raten Sie dem Verbraucher?

Beim Kauf von Elektrogeräten sollte er auf den Verbrauch schauen. Da gibt es erhebliche Unter-

schiede. Auch bei der Energieanwendung kann man viel tun. Nicht jede Stand-by-Schaltung für eine HiFi-Anlage oder einen Computer ist nötig. Das kann sich pro Tag leicht auf bis zu fünfzig Cent summieren. Beim Benzinpreis geht es in der gegenwärtigen Debatte dagegen nur um eine Größenordnung von fünf Cent pro Liter. Die ganze Aufregung kann man da nur noch schwer nachvollziehen.

Start für Milliardeninvestitionen in modernen Gaskraftwerken

[BMU-Pressedienst Nr. 222/04, 19.07.2004] Die EU-Kommission genehmigt die Abschaffung der Erdgassteuer für Gaskraftwerke. Damit könnten Milliardeninvestitionen in moderne Gaskraftwerke ausgelöst werden.

Die befristete Abschaffung der Erdgassteuer zur Stromerzeugung in hocheffizienten Kraftwerken ist rechtens und stellt keinerlei Beihilfe dar. Diese Entscheidung wird die EU-Kommission in den nächsten Tagen veröffentlichen. „Damit werden Milliardeninvestitionen zur klimafreundlichen Umstrukturierung des Kraftwerksparks auch im fossilen Bereich ausgelöst“, sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin. Die potenziellen Investoren haben jetzt endlich Rechtssicherheit und können die Vorbereitungen für den Bau mehrerer hocheffizienter Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke in den nächsten Monaten abschließen. „Voraussichtlich um die Jahreswende kann mit dem Bau begonnen werden“, so der Bundesumweltminister.

In Deutschland werden bislang weder Kohle noch Kernbrennstoffe, dagegen aber Erdgas besteuert, wenn es zur Stromerzeugung eingesetzt wird. Diese Wettbewerbsverzerrung ist jetzt zumindest teilweise abgeschafft. Sofern ein Kraftwerk mit einem elektrischen Nettowirkungsgrad von mindestens 57,5 Prozent bis zum 10.09.2007 die dauerhafte Stromerzeugung aufnimmt, wird es im Rahmen der Ökologischen Steuerreform für fünf Jahre von der Mineralöl- bzw. Erdgassteuer befreit.

Derzeit sind davon konkret mindestens zwei Kraftwerksprojekte positiv betroffen: In Lubmin bei Greifswald an der Ostsee plant ConcordPower eine Investition von rund 600 Millionen Euro in ein Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk (GuD) mit 1.200-Megawatt Leistung und in Huerth-Knapsack bei Köln plant die britisch-amerikanische Intergeren für rund 400 Millionen Euro eine 800-Megawatt-GuD-Anlage. Es werden voraussichtlich weitere Projekte hinzukommen - selbst von großen Energiekonzernen. Trittin ist erfreut darüber, dass selbst RWE mittlerweile die Chancen für GuD-Kraftwerke erkenne und selber ein Kraftwerk plane.

„Diese Projekte sind ein wichtiges Signal für die anstehende Erneuerung des Kraftwerksparks. Wir müssen neben den Erneuerbaren Energien auf hocheffiziente moderne Technik für fossile Brennstoffe setzen. Nur beide zusammen machen die Energiewende möglich“, sagte Trittin. Über die EU-Entscheidung hinaus müsse die Erdgassteuer als Folge der Anfang 2004 in Kraft getretenen EU-Energiesteuer-Richtlinie nun komplett, bedingungslos und unbefristet abgeschafft werden, so der Bundesumweltminister.

Weitere Informationen im Internet unter:

<http://www.bmu.de> sowie http://www.fu-berlin.de/ffu/download/rep_01-03.PDF und <http://hometown.aol.de/FreeDolin/Die+Beruecksichtigung+klimapolitischer+Aspekte+bei+der+Erneuerung+des+deutschen+Kraftwerksparks+am+Beispiel+des+GuD-Kraftwerks+Huerth-Knapsack.pdf>

Umsteuern durch Energiesteuern

[Jürgen Grahl] Deutschland wird gebeutelt von tiefen Krisen: Die Arbeitslosenzahlen nähern sich

allmählich der 5-Millionen-Marke, die Staatsschulden laufen aus dem Ruder, die Sozialsysteme

stehen vor dem Kollaps, und nun muss sogar die "Zukunftsressource" Bildung tief greifende Einschnitte über sich ergehen lassen. Man fühlt sich bei dieser trostlosen Situationsbeschreibung beinahe in die Zeit des wirtschaftlichen Zusammen-

bruchs bei Kriegsende zurückversetzt - nur dass heute die damals herrschende Aufbruchsstimmung fehlt. Wie ist dies eigentlich möglich?

Den Artikel finden Sie unter:
<http://www.sfv.de/lokal/mails/wvf/umsteue2.htm>

3. ÖFR-DISKUSSION INTERNATIONAL

Brüssel diskutiert grundlegende Reform der Pkw-Besteuerung

[ARCD-Pressemitteilung, 11.08.2004] Die EU-Kommission will die steuerlichen Hindernisse aus der Welt schaffen, auf die Bürger bei der Verbringung von Pkw von einem EU-Land in ein anderes stoßen können. Aus diesem Grund hat die Kommission nun im Internet eine Online-Befragung gestartet, um zu erfahren, wie Bürger und Pkw-Hersteller zum Beispiel über die Doppelbesteuerung denken. Wie der Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) aus Brüssel berichtet, läuft die Aktion bis zum 10. September 2004. In einem Fragebogen sollen Betroffene angeben, auf welche Schwierigkeiten sie im Zusammenhang mit der Besteuerung von Pkw, die von einem Mitgliedsstaat in einen anderen verbracht werden, getroffen sind; gleichzeitig können Vorschläge zur Beseitigung dieser Probleme geäußert werden.

Die EU-Kommission hatte in einem Strategiepapier bereits angeregt, die Kraftfahrzeugsteuer an den CO₂-Ausstoß der Fahrzeuge zu koppeln. Die in einigen Mitgliedsstaaten erhobenen Zulassungssteuern sollen nach Ansicht der Kommission durch jährliche Kraftfahrzeug- und Kraftstoffsteuern ersetzt werden, so dass die Steuerlast die gleiche bleibt, die Erhebung aber an die Benutzung eines Fahrzeugs und nicht an dessen Erwerb anknüpft. Die Konsultationsergebnisse sollen in einen Richtlinienvorschlag eingehen, den die Kommission bis zum Jahresende vorlegen will.

Weitere Informationen, der Fragebogen und die Vorschläge der Kommission sind zu finden unter:
http://europa.eu.int/comm/taxation_customs/taxation/consultations/car_taxation_de.htm

Korea gibt steuerliche Anreize für Erneuerbare Energien

[Point Carbon, 11.08.2004] Die Regierung von Südkorea, der fünft größte Ölimporteur der Welt, gibt Firmen steuerliche Anreize, um sie bei der Nutzung von alternativer Energie zu unterstützen.

Around 150 government-selected companies operating in the alternative-energy sector will have the interest payments on new credit reduced from 5.25% to 3%, to take effect almost immediately, reported Ethical Corporation.

The government has launched a \$40 million programme to help the development of energy-conservation technologies, such as co-generation. The programme is set to run for the next three years and includes a plan to require the corporate sector to use more efficient energy sources in their production facilities by 2008, it said.

According to the Ethical Corporation, the government is also targeting residential energy users. A new campaign will be launched to raise awareness of energy conservation. This drive may include entertainment and other public amenities being required to reduce their electricity drain on the national grid, by, for example, shutting down at certain times of reduced need.

The latest plan follows the initiation of a spending programme last year, which put aside more than \$70 million to support the development of alternative energy sources, including wind and solar energy. This was an increase of 21% on such spending in 2002.

A statement last year from the Seoul government said it wanted to increase its proportion of alter-

native-energy use in the national economy from

1.4% in 2002 to 5% in 2011, the article said.

4. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

Kerosinsteuer

Am 8. Juni veröffentlichte die Financial Times Deutschland Pläne aus dem Bundesfinanzministerium zur Einführung einer Kerosinsteuer im inländischen Flugverkehr. Hans Eichel lancierte diesen Plan in erster Linie als Drohung an seine sparunwilligen Ministerkollegen. Der BUND nahm den Finanzminister beim Wort und präsentierte ein Konzept zur Besteuerung des inländischen Flugverkehrs. Der BUND ist überzeugt, dass das Problem des Tanktourismus durch eine flugstreckenbezogene Erhebung der Kerosinsteuer

gelöst werden kann. Eine nationale Kerosinsteuer lässt sich politisch leichter durchsetzen als die grenzüberschreitende Besteuerung, weil sie weder am Veto anderer EU-Staaten noch am Bundesrat scheitern kann. Der BUND forderte die Bundesregierung auf, spätestens im Herbst den Vorschlag als Gesetz zu verabschieden. BUND-Konzept zur Kerosinsteuer im inländischen Flugverkehr:

http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/kerosinsteuer_inland.pdf

5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN DEUTSCHLAND

Klimaschutz/ Emissionshandel: Parkett frei für den Emissionshandel

[BMU-Pressedienst Nr. 253/04, Berlin, 31.08.2004] Mit dem Inkrafttreten des sogenannten „Zuteilungsgesetzes für die Handelsperiode 2005 bis 2007“ am heutigen Dienstag ist der Weg frei für den Start des Emissionshandels. Ab heute bis zum 20. September 2004 können Anlagenbetreiber einen Antrag auf kostenlose Zuteilung von Emissionsrechten stellen. Bis zum 1. November 2004 wird die Deutsche Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt (DEHSt) die Zuteilung für die rund 2.350 Anlagen vornehmen. Insgesamt stehen Emissionszertifikate in einem Volumen von bis zu 495 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) pro Jahr zur Verfügung. Das Gesetz legt ferner die Regeln für die kostenlose Verteilung dieser Zertifikate an die am Emissionshandel teilnehmenden Unternehmen fest.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin: „Der Emissionshandel ist ein neues und wegweisendes Instrument zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union und dient der Erfüllung der Klimaschutzverpflichtungen nach dem Kyoto-Protokoll. Er stellt die Einhaltung der

Klimaschutzziele sicher und lässt den Unternehmen Spielräume für eine wirtschaftsverträgliche Umsetzung der erforderlichen Massnahmen. Durch den Handel mit Zertifikaten werden die Emissionen dort vermieden, wo dies am kostengünstigsten ist. Dies dient den einzelnen Unternehmen wie der gesamten Gesellschaft.“

Einen besonderen Schwerpunkt hat die Bundesregierung auf die Förderung von Innovationen und auf den Einsatz moderner Technologien gelegt. Der Emissionshandel bietet starke Anreize für hocheffiziente Technik und die Erneuerung des Kraftwerksparks am Standort Deutschland. Damit ist der Emissionshandel ein wichtiger Baustein für eine Politik der nachhaltigen Energieversorgung und Energienutzung.

Für bestehende Anlagen erfolgt die Zuteilung grundsätzlich nach den durchschnittlichen Emissionen der jeweiligen Anlage in der Vergangenheit. Darüber hinaus werden besondere Umstände wie etwa nicht vermeidbare Prozessemissionen oder frühzeitig durchgeführte Klimaschutzmassnahmen berücksichtigt.

Das Zuteilungsgesetz (ZuG) wird konkretisiert durch die Zuteilungsverordnung (ZuV), die einen Tag nach dem Gesetz wirksam wird. Damit hat Deutschland alle rechtlichen, institutionellen und administrativen Voraussetzungen für den rechtzeitigen Start des Emissionshandels geschaffen.

Die Software für die elektronische Antragstellung sowie zahlreiche Erläuterungen und Hilfestellungen sind seit dem 5. August 2004 im Internet veröffentlicht. Pünktlich zum Inkrafttreten des Zuteilungsgesetzes 2007 (ZuG) am 31. August 2004

Rechtmäßiger Emissionshandel

[BMU-Pressereferat, Michael Schroeren, 28.07.04] Emissionshandel: Alle Rechtsgrundlagen sind geschaffen: Trittin gibt Wirtschaft sieben statt drei Wochen Zeit für das Antragsverfahren.

Die Rechtsgrundlagen für den Handel mit Emissionsrechten in Deutschland sind jetzt vollständig. Das Bundeskabinett beschloss heute auf Vorschlag von Bundesumweltminister Jürgen Trittin die so genannte 'Zuteilungsverordnung' (ZuV), mit der die Beantragung und Verteilung der Emissionsrechte geregelt wird. Voraussichtlich 2350 Anlagen in Deutschland können sich ab 2005 am Emissionshandel beteiligen. Sie erhalten dafür in den nächsten Monaten kostenlose Emissionsrechte zugeteilt.

Das Bundesumweltministerium wird der Wirtschaft zusätzliche Zeit geben, um die Anträge für diese Zuteilung vorzubereiten. Ursprünglich sollten die Anträge vom 2. bis 20.8. gestellt werden. Jetzt ist eine um vier Wochen verschobene Antragsfrist vom 28.8. bis 17.9. vorgesehen. Dieser Wunsch wurde von einer Vielzahl von einzelnen Unternehmen mündlich und schriftlich an das BMU herangetragen. Zeitliche Bedenken gegen das bisher vorgesehene Verfahren hatte auch der BDI erhoben.

Die Zuteilungsentscheidung wird also voraussichtlich einen Monat später erfolgen als in der europäischen Emissionshandelsrichtlinie vorgesehen, die dafür den 30. September als Frist nennt. 'In der Abwägung zwischen einer Überschreitung dieser Frist und dem Interesse an einem geordneten und für alle Beteiligten beherrschbaren Zuteilungsverfahren hat aus unserer Sicht das Interesse

ist die sogenannte „Virtuelle Poststelle“ der DEHSt für die Annahme der Anträge geöffnet.

Zur Unterstützung der Antragsteller hat die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) ein Service-telefon und einen E-Mail-support eingerichtet:

E-mail: emissionshandel@uba.de, Service-Telefon: 030-8903-5050, montags bis freitags von 09:00 – 18:00 Uhr, Fax: 030-8903-5010, Internet: <http://www.umweltbundesamt.de/emissionshandel>

der Anlagenbetreiber bei der gegebenen Sachlage deutlich Vorrang. Trotzdem wird Deutschland voraussichtlich immer noch das erste EU-Land sein, das für den Emissionshandel startklar ist', sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin.

Ein besonders wichtiger Grund für die Fristverlängerung ist, dass die Anträge nach dem Zuteilungsgesetz (ZuG) einer Zertifizierung bedürfen. Die Zahl der zugelassenen Zertifizierer ist aber mit ca. 110 deutlich geringer als im Gesetzgebungsverfahren angenommen. Die Zertifizierer haben nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die vorgegebene Drei-Wochen-Frist zur Bearbeitung der zu erwartenden 2350 Anträge auf Zuteilung nicht ausreicht.

Die neuen Fristen sehen - vorbehaltlich einer diesen Vorstellungen entsprechenden Ausfertigung des TEHG durch den Bundespräsidenten - wie folgt aus:

26.08.: Veröffentlichung des Zuteilungsgesetzes (ZuG) im Bundesgesetzblatt

27.08.: Inkrafttreten des ZuG. Veröffentlichung der Zuteilungsverordnung (ZuV) im BGBlatt

28.08.: Beginn der Antragsfrist (3 Wochen)

17.09.: Ende der Antragsfrist

18.09.: Beginn der Bearbeitungsfrist (6 Wochen)

29.10.: Ende der Bearbeitungsfrist, spätester Termin für die Zuteilungsentscheidung.

Hinweis: Damit wird klargestellt, dass die Anträge nach dem Zuteilungsgesetz (ZuG), nicht nach dem Treibhausgasemissionshandelsgesetz (TEHG), der Zertifizierung bedürfen.

Nach Ökosteuer jetzt Emissionshandel vor Gericht

[*Stuttgarter Zeitung, 26.07.2004*] Der Baustoffhersteller HeidelbergCement hat rechtliche Schritte gegen die deutschen Gesetze zum Emissionshandel eingeleitet. Diese Gesetze belasteten die Zementindustrie völlig unangemessen, begründete Vorstandschef Hans Bauer in Heidelberg das Vorgehen.

Ziel sei es, noch in diesem Jahr eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit des Emissionshandelsgesetzes herbeizuführen. Verfahren seien bei den zuständigen Verwaltungsgerichten in Baden- Württemberg und Bayern eingeleitet worden.

HeidelbergCement beruft sich bei den Klagen auf Betriebsgenehmigungen, die unbefristet erteilt worden seien und die betriebsnotwendige CO₂-Emissionen erlaubten. Nach bisherigem Recht sei eine Entziehung oder Verkürzung dieser Genehmigung nicht möglich. Im neuen Emissionshandelsgesetz sei jedoch vorgesehen, dass die Emissionsrechte den Anlagenbetreibern übergangs- und entschädigungslos entzogen werden, damit das Umweltbundesamt sie auf der Grundlage von Zuweisungsplänen der Bundesregierung neu verteilen kann.

Die Folge wäre ein Verlust von bis zu 50 Prozent der genehmigten Anlagenkapazitäten, betonte

Bauer, auch Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Zementindustrie (BDZ). Er forderte, den Start des Emissionshandels um ein Jahr zu verschieben.

Nach der EU-Kommission hatte der Bundestag Anfang Juli grünes Licht für den 2005 beginnenden Handel mit CO₂-Verschmutzungs- Zertifikaten gegeben. Einbezogen werden sollen mehr als 2400 deutsche Kohlendioxid produzierende Anlagen und Kraftwerke, die nach einer Lebensdauer von zum Teil 50 Jahren und mehr nun mit Hilfe des Emissionshandels durch moderne Betriebe ersetzt werden sollen. Ziel ist der CO₂-Abbau gemäß dem internationalen Kioto-Klimaprotokoll. Danach müssen die Industrieländer bis 2010 ihre Emissionen um mindestens fünf Prozent unter das Niveau von 1990 senken.

Die deutsche Industrie darf nun zwischen 2005 und 2007 jährlich höchstens 499 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen. Diese Menge wird über die Zertifikate den Unternehmen zugeteilt. Wer damit für seine Produktion nicht auskommt, kann über den Handel weitere Emissionsrechte von denen zukaufen, die ihren CO₂-Ausstoß zum Beispiel wegen neuer Kraftwerke deutlich senken können und damit Zertifikate übrig behalten.

Strom frisch vom Acker

[*Tagesspiegel, Roland Knauer, 18.08.2004*] Nach Windrädern sind jetzt Biogasanlagen im Kommen – dank einer großzügigen Förderung. Die erneuerbaren Energien liegen in Deutschland gut im Wind. Im ersten Halbjahr 2004 stammten erstmals mehr als zehn Prozent des Stroms aus regenerativen Quellen. Ein Jahr zuvor waren es weniger als acht Prozent.

Neben den Windkraftanlagen erobert mit der Biomasse inzwischen aber klammheimlich eine zweite Sparte der Öko-Energie den deutschen Markt. Experten prophezeien ihr ein noch größeres Potenzial als der Windkraft. Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2030 von der in Deutschland verbrauchten Energie 22 Prozent aus nachhaltigen Quellen decken. Biomasse soll mit 14 Prozent den größten Anteil übernehmen. Daher

fördert die Regierung mit dem Anfang August in Kraft getretenen „Erneuerbare Energien-Gesetz“ (EEG) auch Biogasanlagen auf Bauernhöfen. In solchen Anlagen verarbeiten Mikroorganismen Gülle, Grasschnitt oder Reste aus bäuerlichen Schnapsbrennereien zu Methan – aus dem auch Erdgas besteht. Zurzeit decken die Rest- und Abfallstoffe aus biologischen Quellen rund 1,8 Prozent des deutschen Primärenergiebedarfs. Damit wird nur ein Bruchteil des Potenzials ausgeschöpft, um den Klimawandel zu bremsen. Verbrennt man zum Beispiel Stroh, wird bei diesem Prozess nicht mehr Kohlendioxid frei als die Pflanzen beim Wachsen vorher aus der Luft geholt haben. Das Gleiche gilt, wenn man Reststoffe wie Gülle, aber auch speziell angebaute Energie-

pflanzen wie Raps oder Elefantengras in Biogasanlagen in Methan verwandelt.

Rund 50 bis 100 Euro kostet es, eine Tonne des Klimagases Kohlendioxid mit Biomasse aus Abfällen zu vermeiden. Solarzellen und auch die Wärmeerzeugung mit Solarpanelen sind dagegen teurer.

Ludwig Leible vom Institut für Technikfolgenabschätzung des Forschungszentrums Karlsruhe sieht die Zukunft der Biomasseverwertung etwas weniger optimistisch als die Regierung. Zwar ist auch er überzeugt, dass eigens dafür angebaute Energiepflanzen, Stroh, Gülle, Restholz aus dem Wald und Klärschlamm in den nächsten Jahrzehnten den Ausstoß von Treibhausgasen reduzieren können. Die Biomasse wird seinen Studien zufolge allerdings bis zum Jahr 2030 nur rund zehn Prozent des deutschen Energiebedarfs zu vergleichsweise niedrigen Kosten decken.

Dabei hat Leible auch den Naturschutz berücksichtigt. Denn es ist für das Ökosystem durchaus sinnvoll, einen Teil des Restholzes, wie die Äste gefällter Bäume, im Wald zu lassen. In diesem Holz leben viele selten gewordene Käfer- und Insektenarten, außerdem liefert dieses Restholz den übrig gebliebenen Bäumen und Pflanzen wichtige Nährstoffe.

Auch einige Felder, die für den Anbau von Getreide, Kartoffeln oder Gemüse nicht benötigt werden, sollten unbebaut als Brache liegen bleiben, um dem ausgelaugten Boden Zeit zum Erholen zu geben. Nur auf einem Teil dieser Brache könnte der Bauer dann Energiepflanzen anbauen.

Nach einem Vergleich von 40 verschiedenen, bereits vorhandenen Verfahren, mit denen Bioabfälle vergoren, verbrannt oder vergast werden, kennt Leible aber auch das Manko der Energie aus Bio-Abfällen: Eine Megawattstunde elektrischer Energie kostet in einem 500-Megawatt-Steinkohlekraftwerk 45 Euro, wenn die Kohle importiert wird. Erzeugt dagegen Gülle in einer 140 Kilowatt-Biogasanlage Strom, kostet die Bereitstellung der Elektrizität mit 80 Euro pro Megawattstunde fast das Doppelte.

Restholz aus dem Wald oder Stroh liefern eine Megawattstunde Strom in einem Biomassekraft-

werk gar für 120 Euro. Etwas günstiger ist es, fünf bis zehn Prozent dieser Reststoffe zu der Kohle in einem Steinkohlekraftwerk hinzuzugeben. Dann liegt der Preis für die Megawattstunde aus dem Biomasse-Anteil bei 90 bis 100 Euro.

Genau wie andere Energieträger auch, setzt man die Biomasse am besten in Kraftwerken ein, die gleichzeitig mit dem Strom auch noch Wärme erzeugen. Diese speisen sie in ein Heizungssystem für Wohnblocks oder öffentliche Gebäude wie Schulen und Krankenhäuser ein. Mit dieser Kraft-Wärme-Kopplung lassen sich wesentlich höhere Wirkungsgrade erzielen als mit der alleinigen Stromerzeugung. Mit ihr nutzt man die im Stroh oder Klärschlamm vorhandene Energie optimal.

Die Kraft-Wärme-Kopplung ist auch für Biogasanlagen sinnvoll. Knapp 2000 solche Anlagen auf deutschen Bauernhöfen liefern inzwischen Wärme und Elektrizität. Da sie eigentlich wirtschaftlich nicht konkurrenzfähig wären, garantiert das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien kleineren Anlagen bis zu einer Leistung von 500 Kilowatt einen Zuschuss von sechs Cent pro Kilowattstunde Strom.

Dadurch werden solche Anlagen rentabel, rechnet Michael Geißler von der Berliner Energie-Agentur am Beispiel eines Großbetriebes mit 1200 Kühen vor. Weil bereits der Dung von vier Kühen ausreichend Elektrizität für einen deutschen Durchschnittshaushalt liefert, sieht der Fachverband Biogas in Freising langfristig die Möglichkeit, zwölf Millionen deutscher Haushalte mit Strom aus Biogas zu versorgen.

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge sieht dagegen Stephan Saupe, Experte für nachhaltige Energien am Umweltbundesamt in Berlin, die Anstrengungen von Automobilherstellern wie DaimlerChrysler und Volkswagen, aus Biomasse auch Sprit für ihre Fahrzeuge zu erzeugen. Auf diese Weise leistet die Autoindustrie zwar ebenfalls ihren Beitrag zur Eindämmung des globalen Klimawandels. Die Verfahren sind allerdings recht aufwändig und teuer. Würden die knappen Mittel aber eingesetzt, um den Einsatz von Biomasse für die Erzeugung von Heizungsenergie und Strom zu forcieren, könnte man mit dem gleichen Aufwand das Doppelte fürs Klima erreichen.

Generell jedoch gilt das Verfeuern von Stroh und Restholz, das Vergären von Gülle und anderen Substanzen aus der Landwirtschaft, als eine der wichtigen Quellen der zukünftigen deutschen Energieversorgung. Und da andere Energiequellen wie fossile Brennstoffe in Zukunft vermutlich teu-

rer als heute sein werden, können im Laufe der Jahre sogar die Subventionen durch das Erneuerbare Energien-Gesetz wegfallen. Die Biomasse wird dann auch wirtschaftlich konkurrenzfähig sein.

ADAC fordert von Bundesländern Förderung des Diesel-Rußfilters

[DNR Redaktionsbüro Info-Service, 23.08.2004]
Der Automobilclub ADAC hat die Finanzminister von Bund und Ländern aufgefordert, sich auf eine steuerliche Förderung des Diesel-Rußfilters zu einigen. In einem Brief an die Minister schreibt der ADAC, er verfolge "mit großer Sorge" die politische Debatte um den Filter.

Der Club fordert eine steuerliche Förderung von 600 Euro für die technisch besten Lösungen und von 300 Euro für etwas weniger wirksame Techniken. Die Chancen auf einen Nachlass bei der Kfz-Steuer stehen aber schlecht. Die Einnahmen fließen in die Länderkassen. Und bei den Ländern gibt es wenig Neigung, auf das Geld zu verzichten. So sagte Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring der FTD: "Die Förderung des Rußfilters ist nicht Aufgabe der Länder. Wenn der Bund das möchte, kann er das gerne tun - aber auf eigene Kosten." Der CDU-Politiker bezweifelt grundsätzlich den Sinn der Steuerförderung. Er sagte, er würde es zwar für gut halten, wenn sich diese umweltfreundliche Technik durchsetzen würde. "Aber das müssen die Kfz-Halter selbst finanzieren."

Bundesfinanzminister Hans Eichel hatte Anfang dieses Monats seinem Kabinettskollegen Jürgen Trittin aus dem Umweltressort zu verstehen gegeben, dass er es keinesfalls akzeptieren würde, wenn die Förderung des Filters letztlich am Bund

hängen bliebe. Trittin setzt sich für diese Technik ein, weil Dieselruß als krebserregend gilt.

Der ADAC verweist in seinem Brief darauf, dass der Bundesrat selbst festgestellt habe, dass die neuen EU-Grenzwerte für Feinstaub ohne Rußfilter nicht einzuhalten seien. Eine Steuerförderung habe sich in der Vergangenheit als "ausgezeichnetes Anreizinstrument für eine rasche ökologische Erneuerung des Fahrzeugbestandes erwiesen".

Auch sei trotz knapper öffentlicher Haushalte genug Spielraum für die Förderung vorhanden. Denn zum Jahresende laufe die Förderung von Autos aus, die die Abgasnorm Euro-4 einhalten. Damit hätten die Länder nach Berechnung des ADAC im Jahr 2005 Mehreinnahmen von mehr als 100 Mio. Euro, ab 2006 sogar von mehr als 700 Mio. Euro jährlich. Zudem sei mit einem weiter steigenden Anteil von Diesel-Pkw am Gesamtbestand zu rechnen. Das bringe den Ländern Zusatzeinnahmen aufgrund der gegenüber Ottomotoren höheren Kfz-Steuer für Diesel-Fahrzeuge.

Deshalb fordert der ADAC in Fortführung der bisherigen Regelung für Euro 4 ab 2005 die steuerliche Förderung von Pkw mit besonders geringen Partikelemissionen, auch im Vorgriff auf die nächste Norm Euro 5.

Carsharing: Gute Sache wenn's die Andren tun...

[Öko-Institut Newsletter, 10.08.04] Car-Sharing: Das Potenzial ist groß, die Zahl der Nutzer aber noch zu klein. Neue Studie zeigt: Maßgeschneiderte Angebote für Kunden und stärkeres Engagement der Kommunen sind wichtige Erfolgskriterien.

Ein Marktpotenzial von 2,45 Millionen Kunden errechneten Herbert Baum und Stephan Pesch Mitte der Neunziger Jahre für Car-Sharing in

Deutschland. Anfang 2004 sind jedoch nur rund 68.500 Nutzer in Deutschland registriert. Ist das Potenzial zu hoch angesetzt worden? Welche Faktoren hemmen eine raschere Entwicklung und was muss verbessert werden? Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat das Öko-Institut e. V. diese Fragen zusammen mit dem Institut für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft- und

Raumfahrt (DLR) und dem Bundesverband Car-Sharing e. V. beantwortet.

Car-Sharing ist eine organisierte Form der gemeinschaftlichen Auto-Nutzung durch mehrere Personen. Es stellt eine ökologisch und wirtschaftlich attraktive Alternative zum eigenen Auto dar. Tatsächlich ist die Zahl der Nutzer laut Angaben des Bundesverbandes CarSharing e. V. innerhalb von sechs Jahren von 1997 bis Anfang 2004 von 19.200 auf 68.500 gestiegen. Trotz dieser Entwicklung bleiben die Zahlen jedoch weit hinter dem 1994 angenommenen Marktpotenzial zurück. Die größten Probleme sieht Willi Loose, Projektleiter für das Arbeitsfeld Verkehr am Öko-Institut, in der starken emotionalen Verbundenheit der Menschen mit dem eigenen Auto und der mangelnden Bekanntheit von Car-Sharing. Dies zeigt auch das Ergebnis einer repräsentativen bundesweiten Telefonumfrage mit 1000 Personen ab 18 Jahren. „Lediglich 15 Prozent der Befragten bringen Car-Sharing mit einer organisierten Form des Autoteilens in Verbindung“, erläutert Claudia Nobis vom DLR, die die Umfrage ausgewertet hat. Auch auf die Frage, ob es in ihrer eigenen Stadt Car-Sharing gebe, wissen die meisten keine Antwort. Erst mit zunehmendem Bildungsstand, Haushaltseinkommen und Gemeindegröße wachse auch der Bekanntheitsgrad, deckt die Studie auf. Car-Sharing als solches bewerten die Befragten durchweg positiv, „aber nur solange es sie nicht selbst betrifft“, schränkt Projektleiter Willi Loose ein. „Die Bedeutung des eigenen Autos, auch als Statussymbol, ist nach wie vor sehr stark.“ So bevorzugen knapp drei Viertel der Befragten, ein eigenes Auto alleine zu nutzen. In diesem starren Verhalten sehen die ExpertInnen daher auch ein wesentliches Hemmnis für eine raschere Entwicklung des Car-Sharings.

Aus den Ergebnissen der Umfrage ermittelten die WissenschaftlerInnen ein Marktpotenzial von 1,5 bis 2 Millionen möglichen Nutzern in ganz Deutschland. Diese potenziellen Nutzer wohnen in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern, besitzen den Führerschein, fahren im Jahr maximal 10.000 Kilometer mit dem Auto und benötigen nicht täglich ein Auto. Außerdem bewerten sie Car-Sharing grundsätzlich positiv und stehen auch

den öffentlichen Verkehrsmitteln aufgeschlossen gegenüber. Der Großteil des Potenzials – 1,4 Millionen Nutzer – ist in Städten lokalisiert, in denen es heute bereits einen Car-Sharing-Anbieter gibt. Hier müssen durch notwendige qualitative Organisationsentwicklungen und maßgeschneiderte Angebote für Privat- und Geschäftskunden neue Kundengruppen angesprochen werden. Das restliche Potenzial von 0,6 Millionen Nutzern ist durch die kontinuierliche Ausweitung der Car-Sharing-Angebote auf weitere Städte zu erreichen. Die Studie mündet in Handlungsempfehlungen an die unterschiedlichen Akteure, die maßgeblichen Einfluss auf die weitere Entwicklung des Car-Sharings haben. An die Adresse des Auftraggebers Bundesverkehrsministerium wird empfohlen, in der Straßenverkehrsordnung die Möglichkeit zu schaffen, wie in den Niederlanden oder in Dänemark reservierte Car-Sharing-Stellplätze im Straßenraum auszuweisen. Dies würde die Wachstumsbedingungen in den dicht besiedelten und gemischt genutzten Stadtteilen mit seinem großen urbanen Nutzerpotenzial erheblich verbessern.

Kommunen sollten die in einigen Studien nachgewiesene verkehrsentlastende Funktion des Car-Sharings aufgreifen und Car-Sharing als ergänzendes Verkehrsmittel in den Umweltverbund integrieren. Nach Meinung der WissenschaftlerInnen ist es wichtig, dass Car-Sharing-Organisationen weitere Kooperationen mit Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbänden eingehen – und umgekehrt Verkehrsunternehmen Car-Sharing-Anbieter als Verbündete anerkennen. Durch gemeinsame Marketingaktivitäten profitieren beide Seiten von zusätzlichen Kunden und der wechselseitigen Bindung bestehender Stammkunden. jd/wl

Bestandsaufnahme und Möglichkeiten der Weiterentwicklung von Car-Sharing; Loose, W., Mohr M. & C. Nobis FE-Nr. 77.461/2001; (Auftraggeber: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Die Studie wird voraussichtlich Ende August / Anfang September im Internet auf der Homepage des Öko-Instituts e.V. veröffentlicht. Nachzulesen ist sie dann auch als Band V 114 in der Schriftenreihe der Bundesanstalt für Straßenwesen, Reihe Verkehrstechnik.)

6. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN INTERNATIONAL

EU-Kommission: Streit beigelegt

[Stuttgarter Zeitung, 07.07.2004] Der Streit zwischen der EU-Kommission und Deutschland um Pläne für den Kampf gegen schädliche Treibhausgase ist beigelegt. Die Kommission billigte in Brüssel unter Auflagen das Konzept der Bundesregierung. Auch sieben weitere EU-Staaten bekamen grünes Licht, ihre massiv Energie verbrauchenden Unternehmen auf den Handel mit klimaschädigenden Schadstoffen zum 1. Januar 2005 vorzubereiten. Gegen Griechenland und Italien, deren Pläne seit mehr als drei Monaten überfällig sind, verschärfte die Behörde die Gangart und eröffnete Vertragsverletzungsverfahren.

Ziel des Handels ist, die Menge schädlicher Treibhausgase wie Kohlendioxid (CO₂) in der EU im Einklang mit dem Kioto-Klimaprotokoll zu verringern. Jeder der 25 EU-Staaten teilt den betroffenen Unternehmen eine bestimmte Menge Gutscheine für den Ausstoß von Treibhausgasen zu. Die Gutscheine - Zertifikate genannt - können die Betriebe untereinander handeln. Stößt ein Betrieb weniger Gase aus, als er zugewiesene Zertifikate hat, kann er die überschüssigen verkaufen. Andersherum müssen Unternehmen, die mit ihren Gutscheinen nicht auskommen, dazukaufen. Dieser Handel soll der Industrie einen Anreiz geben, in möglichst schadstoffarme Anlagen zu investieren.

Umweltkommissarin Margot Wallström sprach von einer historischen Entscheidung. „Die EU ist ein Vorkämpfer gegen die Klimaveränderung“, sagte sie. Neben Deutschland müssten auch Großbritannien und Österreich ihre Pläne in einigen technischen Punkten ändern. Auch für Irland, die Niederlande, Schweden, Slowenien und Dänemark gab es in Brüssel Zustimmung. Am 1. Oktober sollen alle nationalen Regelungen genehmigt

sein, die dann in der EU für mehr als 12 000 Unternehmen gelten.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) begrüßte die Entscheidung. Dies sei „ein erfreuliches und Richtungweisendes Signal“, sagte er in Berlin. „Damit kann der Handel in Deutschland pünktlich zum 1. Januar 2005 starten.“ Gesetzliche Änderungen seien nicht mehr erforderlich. Ausgeräumt worden seien auch Differenzen mit der Kommission über die Umstellung alter Kohlekraftwerke. Die Regelung dazu werde von der Kommission nicht mehr als unerlaubte Beihilfe gewertet.

Bis unmittelbar vor Abgabe der Pläne am 1. April hatte es innerhalb des Bundeskabinetts zwischen Trittin und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) Streit über die Gestaltung der Pläne gegeben. Sie schreiben eine Verminderung des Kohlendioxid-Ausstoßes bis 2012 um 17 Millionen Tonnen vor. Davon müssen Verkehr und private Haushalte 7 Millionen Tonnen erbringen.

Das einzige, was von der Kommission nicht akzeptiert worden sei, sei die geplante Missbrauchsregelung, wonach dem Scheinhandel von Ausländern mit deutschen Handelspapieren die Zertifikate entzogen werden sollten, sagte Trittin. Er gehe davon aus, dass auch Frankreich und anderen Ländern die gleichen Emissions-Auflagen gemacht würden wie Deutschland und den Briten. Erfreulich sei, dass Österreich, Irland und Slowenien Überallokationen - zuviel zugestandene Zertifikate für die Wirtschaft - zurücknehmen müssten.

7. DISKUSSIONSBEITRÄGE

„Mir liegt der Schutz der Natur, unserer Mitwelt, am Herzen und obwohl ich von Volkswirtschaft wenig Ahnung habe, bin ich durch Beobachtung dessen, was um mich herum geschieht und propagiert wird, überzeugt dass jegliches Bemühen um den Erhalt der Natur und ihrer Arten scheitern muss, wenn wir nicht zu einem neuen Wirtschaften finden, das frei ist vom Zwang zu immerwährenden Wachstum. Derzeit wird das Wirtschaftswachstum als geradezu gottgegeben dargestellt und die banale Erkenntnis, dass ein ständiges Wirtschaftswachstum nicht möglich sei kann, vollständig verdrängt. Ach fehlt weithin die Einsicht, dass ein beständiges Verletzen ökologischer Grenzen letztlich auch in ein ökonomisches und soziales Desaster führen muss oder dass beispielsweise die geforderte Erhöhung der Binnenfrage- unser Bundeskanzler hat zuletzt in seiner Weihnachtsansprache zum Konsumieren auf Teufel- komm- raus- aufgerufen- zwangsläufig zu Folgeschäden führt oder dass der modische Begriff der Nachhaltigkeit bei Beibehaltung der derzeitigen Wirtschaftsweise kaum mit Inhalt gefüllt werden kann. Ich bezweifle, dass eine Veränderung des Steuersystems ausreicht (obwohl ich glaube, dass eine echte ökologische Steuerreform schon sinnvoll wäre), sondern dass grundsätzlichere Veränderungen nötig sind. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, ob es innerhalb Ihres Fördervereins auch Bemühungen gibt, Modelle, für eine Wirtschaftsform ohne den Zwang zum Wachstum zu entwickeln beziehungsweise deren Entwicklung zu fördern. Falls dem so ist, würde ich mich für die Tätigkeit des Vereins und seiner Mitglieder interessieren.“
[Dr. Gertrud Scherf]

„Die hohen Ölpreise sind mittlerweile in allen Medien eine Schlagzeile wert. Es erscheint aber doch angebracht, die Situation etwas nüchterner zu betrachten. Selbstverständlich sind niedrige Ölpreise für alle Ölverbraucher, zumindest kurzfristig, günstig. Da es sich aber bei Öl um einen

begrenzt verfügbaren Rohstoff handelt, muss bei steigender Nachfrage der Preis ansteigen. Das kann die Förderländer aus unterschiedlichen Gründen dazu anreizen, mehr zu liefern, was das Problem aber nicht wirklich löst. Die Ölexporture haben aber kein Interesse an einer Preisexplosion, weil dann die Nachfrager wirtschaftlich in die Knie gehen, zum anderen wird durch hohe Ölpreise die Suche nach Alternativen zum Öl intensiviert. Dieses von der OPEC kürzlich eingebrachte Argument sollte aber doch zu denken geben. Da muss man sich schon fragen, ob ein moderater Ölpreis, der die Alternativen ausbremst, wirklich gut ist für die Menschheit.

Die Klage über den hohen Ölpreis muss man aber noch aus einer anderen Sicht hinterfragen. Der heutige Ölpreis von über 40 Dollar pro Barrel wird als Höchststand seit zwanzig Jahren bezeichnet. Gemessen an der Geldwertentwicklung entspräche aber einem Ölpreis von 40 Dollar pro Barrel in den 80er Jahren ein heutiger Ölpreis von etwa 90 Dollar pro Barrel. Immerhin hat ein Journalist des Corriera de la Serra darauf hingewiesen. Insofern ist Öl heute wesentlich billiger als vor zwanzig Jahren. Man kann es auch anders erklären, wenn es heute möglich ist, Flugreisen für so wenig Geld anzubieten, dann ist das ein Zeichen, dass Öl als endliche Ressource noch sehr billig zu haben ist. Auf jeden Fall muss ein Bundesbürger heute weniger lange arbeiten, um ein Barrel Rohöl auf dem Weltmarkt zu erwerben als dies vor zwanzig Jahren der Fall war.

Wir täten wohl gut daran, intensiver nach Alternativen und nach Einsparmöglichkeiten zu suchen als täglich über den Ölpreis zu jammern.“
[Prof. Alois Heißenhuber, München]

„Die Koalition sollte im Rahmen der Reform ihre Zusage aus der letzten Legislaturperiode einlösen und den Strom aus EE von der Stromsteuer befreien. Auf diese Weise kann die Debatte um die Internalisierung externer Effekte endlich eine

konkrete, für den Verbraucher wahrnehmbare Wirkung entfalten. Die Differenzkosten zwischen EE und konventionellem Strom würden deutlich geringer und die Stromsteuer würde in der ökologischen Lenkungswirkung deutlich gestärkt.

Das durch die Steuerbefreiung für EE entfallende Steueraufkommen sollte durch entsprechende Erhöhung der Stromsteuer auf konventionellen Strom ausgeglichen werden. Um nicht durch steuerbefreite EE-Stromimporte zusätzliche Steuer-

ausfälle zu riskieren, kann die Steuerbefreiung auf EEG-Strom begrenzt werden. Der BEE hat geprüft, dass das EU-rechtskonform machbar ist.

Im Memorandum sollte dieser Punkt geändert werden.“

[Johannes Lackmann, Bundesverband Erneuerbare Energie e.V.]

8. JOBS UND AUSSCHREIBUNGEN

Europäische Kommission: Forscher - 40 befristete Stellen beim IES

Die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) der Europäischen Kommission ermöglicht promovierten Forschern, für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren am Institut für Umwelt und Nachhaltigkeit (Institute for Environment and Sustainability - IES) im italienischen Ispra wissenschaftlich zu arbeiten. Der Einsatz kann in einem Projekt des im Bereich Umweltschutz und erneuerbare Energien tätigen Instituts stattfinden, wobei jeweils spezifische Kenntnisse mitzubringen sind.

siehe: <http://www.ies.jrc.cec.eu.int/fellowship>

Bewerbungsfrist: 30.9.2004

Bewerber um die Forscherstellen sollten eine einschlägige Promotion vorweisen können und nicht älter als 35 Jahre sein.

Zur Bewerbung ist das im Internet zugängliche Bewerbungsformular - einschl. Lebenslauf - unter Angabe der Referenznummer des jeweiligen Projekts ausschließlich per E-mail zu senden an das Institute for Environment and Sustainability, Management Support Unit, Carla Dal Molin, Administrative Assistant, Via E. Fermi 1, T.P. 263, 21020 Ispra (VA), Italien, <mailto:carla.dal-molin@cec.eu.int>

Bewerbungen sind auf bis zu 2 Projekte unter Verwendung getrennter Formulare möglich.

Ausschreibung „Förderpreis Wissenschaft 2004/2005“ liegt vor

München, 28.6.04. Die Ausschreibung für die Förderpreise Wissenschaft 2004/2005 liegt jetzt vor, sie kann über die Homepage <http://www.umweltstiftung.com> Abgerufen werden. Mit dem „Förderpreis Wissenschaft“ will die Stiftung Nachwuchswissenschaftler ermutigen, gerade auch Themen und Problemfelder zu bearbeiten, die nicht automatisch eine Industriekarriere oder Begeisterung bei potentiellen Arbeitgebern in der Verwaltung versprechen. „Gerade der Natur- und Umweltschutz braucht in Zukunft mehr denn je qualifizierte und engagierte Wissenschaftler, die nicht nur auf eine möglichst schnelle Karriere in der Industrie starren, sondern sich für eine nachhaltige und ökologische Entwicklung engagieren. Der Grundstein dafür wird spätestens bei der Wahl des Diplomarbeitsthemas gelegt“, so Claus Obermeier, Vorstand der Stiftung. Die Förderpreise sind mit jeweils 2500Euro dotiert, weitere 2500 Euro werden dem Preisträger als zweckgebundene Unterstützung für eine Fortführung der wissenschaftlichen Tätigkeit zur Verfügung gestellt. Es werden pro Jahr drei Förderpreise vergeben, mit denen Bewerbungen aus folgenden Forschungsschwerpunkten ausgezeichnet werden.

Biologie, Geo- und Umweltwissenschaften

- Schutz und Entwicklung von überregional bedeutsamen Grosschutzgebieten (Nationalparke, Biosphärenreservate)

- Naturschutz im Siedlungsgebiet
- Grenzen der ökologischen Belastbarkeit

Forst- und Agrarwissenschaften

- Arten- und Biotopschutz in der Land- und Forstwirtschaft
- Sonderpreis Ökolandwirtschaft (Vergabe jeweils zur Wissenschaftstagung Ökolandbau):
- Naturschutz in der ökologischen Landwirtschaft

Wirtschaftswissenschaften

- Marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente zur Verringerung der Umweltbelastung
- Umweltrelevante Aspekte der Weltwirtschaft und Globalisierung

Weitere Informationen enthält die Ausschreibung (<http://www.umweltstiftung.com>)

Die Preisverleihung für die Förderpreise 2004/2005 findet im Rahmen der Geburtstagsfeier

„10 Jahre Gregor Louisoder Umweltstiftung“ im Juni 2005 in München statt.

Ihr Ansprechpartner für Rückfragen

Claus Obermeier, Vorstandsvorsitzender

Email <mailto:info@umweltstiftung.com>, Tel. 089/54212142

Europaweiter Energiespar-Wettbewerb

Energy Trophy ist ein europaweiter Energiespar-Wettbewerb unter 50 Unternehmen, der am 1. Oktober 2004 startet. Die "Energy Trophy" wird an das Unternehmen verliehen werden, welches die größte Menge Energie in einem Bürogebäude in einem Jahr allein durch nichtinvestive Maßnahmen einspart (z.B. durch Verhaltensänderungen wie das Licht ausschalten, die Heizung herunterdrehen etc. - jedoch ohne Investitionen in neue Technik einschließlich Energiesparlampen o.ä.). Ergänzende Informationen zum Wettbewerb sind im Internet unter <http://www.energytrophy.org> abrufbar.

9. LINKS UND PUBLIKATIONEN

Weg vom Öl

Der Bundesvorstand von Bündnis 90 / Die Grünen hat einen Beschluss zum Thema „Weg vom Öl – Ziele, Wege, Maßnahmen“ gefasst. Die Maßnahmen sind in die Bereiche Gebäudesanierung und Neubau, Verkehr und Nachwachsende Rohstoffe, Innovationen in der Chemie gegliedert.

Sie finden den Beschluss unter http://www.gruene-par-tei.de/cms/files/dokbin/36/36270.beschluss_weg_vom_oel.pdf

Schmiergeld-Republik Deutschland?

[Redaktionsbüro R. Mankau] Korruption verzerrt den Wettbewerb, schwächt die Demokratie und untergräbt die Vertrauensbasis der Menschen in ihren Staat. Zudem hemmt sie den Fortschritt in der Dritten Welt und führt häufig zu schweren Umweltschäden.

„Korruption in Deutschland ist (...) nicht die Tat eines Einzelgängers, sondern eine gesellschaftliche Veranstaltung.“ Dies sagt kein Geringerer als der Abteilungsleiter im Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), Dr. Wolfgang Hetzer. Er und weitere Korruptionsexperten wie der bekannte Frankfurter Oberstaatsanwalt Wolfgang Schauensteiner („Die Republik wird geradezu überrollt von Filz und Klüngel“), der Bestseller-Autor und Mafia-Experte Jürgen Roth, Dr. Anke Martiny von Transparency International, die Wirtschaftsinformatikerin Prof. Dr. W. Angelika Kreitel, der Wirtschaftskriminalist Uwe Dolata sowie die Mitherausgeberin und Betriebswirtin Akatshi Schilling nehmen in dem neuen Buch „Korruption im Wirtschaftssystem Deutschland“ mutig Stellung zu einem Phänomen, das hierzulande noch immer unterschätzt wird.

„Korruption im Wirtschaftssystem Deutschland“ Schmiergeld-Republik Deutschland? – Korruptionsexperten nehmen Stellung ISBN 2-9809565-0-4 - <http://www.mankau-on->

line.de/aktuelles/aktuelles_2004_april-korruptionsbuch.html

Schreib der Umwelt einen Brief

Die UMWELT kommunalen ökologischen Briefe (UKÖB) wenden sich an Leute, die erfahren wollen, was im Umweltschutz geschieht. Unsere Leser sind Menschen, die beruflich im Umweltschutz etwas bewegen und dabei soziale Aspekte mit im Blick haben. Schwerpunktmäßig sprechen wir kommunale Umweltbeauftragte und -berater an, Kommunalplaner und -politiker, Ingenieurbüros sowie Mitarbeiter von Umweltverbänden und Behörden.

UKÖB informiert überwiegend in Kurzberichten über Umweltschutzpublikationen aller Art, (Gesetzes) Initiativen, Aktionen, Entwicklungen und über praktische Umweltschutzkonzepte.

UKÖB informiert über ein breites Themenspektrum. Es reicht vom Thema Abfall über Lokale Agenda 21, Energie, Mobilität bis hin zu Natur- und Landschaftsschutz.

Jeder Text, auch der kürzeste, nennt weiterführende Kontaktadressen und -personen mit Anschrift, Telefon, Telefax, E-mail- Adresse und Homepage.

Jede Ausgabe enthält eine Bürgerinformation, die für Ihre Öffentlichkeitsarbeit eigens recherchiert und vorbereitet wird.

Als Abonnent können Sie die Bürgerinformation in unbegrenzter Höhe kostenlos abdrucken.

<http://www.umweltbriefe.de>

Gaskraftwerk die Erste

[Marcus Stadthaus Forschungsstelle für Umweltpolitik Freie Universität Berlin] FFU- Report 01-

03 Forschungsstelle für Umweltpolitik: Der Konflikt um moderne Gaskraftwerke (GuD) im Rahmen der ökologischen Steuerreform. http://www.fu-berlin.de/ffu/download/rep_01-03.PDF

Gaskraftwerk die Zweite

[Daniel Vallentin] Die Berücksichtigung klimapolitischer Aspekte bei der Erneuerung des deutschen Kraftwerksparks am Beispiel der Auseinandersetzung um das GuD- Kraftwerk Hürth-Knapsack

<http://www.hometown.aol.de/FreeDolin/Die+Beruecksichtigung+klimapolitischer+Aspekte+bei+der+Erneuerung+des+deutschen+Kraftwerksparks+am+Beispiel+des+GuD-Kraftwerks+Huerth-Knapsack.pdf>

Dematerialisierung schafft Arbeitsplätze

[Fritz Hinterberger und Harald Hutterer] Längere Arbeitszeiten und Sozialabbau sind der falsche Weg

Inputpaper für das Osnabrücker MIT Meeting: Spätestens seit dem Ende des sog. New-Economy-Booms ist die wirtschaftliche Wachstumsmaschine ins Stottern geraten, die uns in den reichen Teilen der Welt seit 50 Jahren so viel materiellen Wohlstand produziert hat. Die Aktienkurse steigen nicht mehr so, wie sich das viele versprochen haben (oder es ihnen versprochen wurde), weil Unternehmen nicht mehr die Wachstumsprognosen abliefern können, die sich viele von ihnen versprochen haben (und die sie selber der Welt vor nicht allzu langer Zeit versprochen haben).

http://www.perspektivenkongress.de/berichte/p_ines_omann.pdf

10. VERANSTALTUNGEN

Mainzer Tagung „Von der sozialen Marktwirtschaft zur Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft“ findet nicht statt

Die für den 12. bis 13. September 2004 in Mainz geplante Tagung der Stiftung Ökologie und Demokratie e.V., in Kooperation mit dem FÖS und dem Ökosozialen Forum fällt wegen zu geringer Anmeldezahlen leider aus.

09.-11.09.2004, Pavia (Italien): Die fünfte weltweite Jahreskonferenz über Fragen der Umweltbesteuerung, deren Praxis und Möglichkeiten

Veranstaltet wird die Konferenz von der European School of Advanced Studies in Integrated Environmental Management of University of Pavia, Italien.

Teilnehmer werden unter anderem auch Kai Schlegelmilch und Matthias Seiche vom FÖS sein. Die Konferenz in Pavia ist die fünfte Veranstaltung in einer Reihe von internationalen Treffen. Ziel ist es, eine Vielzahl an Erfahrungen verschiedener Staaten über deren Umgang mit Umweltsteuern und deren Auswirkungen zu sammeln. Außerdem ist es Ziel, durch wissenschaftliche Bewertungen über ökologische, ökonomische und soziale Auswirkungen der Umweltsteuern seit deren Einführung, Aufklärungsarbeit zu leisten.

21.- 22.09.2004, Kopenhagen (Dänemark): Konferenz: Investieren in die nächste Generation: Wie kann man Kinder für intelligente Energienutzung gewinnen?

Elf Vorträge über Fallbeispiele aus der gesamten EU, zwei Exkursionen und zwei Diskussionen werden sich damit beschäftigen, wie Kinder lernen, welche Rolle das Schulsystem spielt, wie Aktivitäten und Programme gestaltet und evaluiert werden etc. Die von der EU geförderte Konferenz bietet exzellente Möglichkeiten, Entscheider und Akteure aus ganz Europa zu treffen, Erfahrungen auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen.

Wir warten auf ihre Anmeldungen, mit besten Wünschen The Scientific Committee

Für weitere Informationen besuchen sie auch unsere Internetseite <http://www.unipv.it/iuss/esasgia>

19.-26.09.2004, EU-weit: Woche der Zukunftsfähigkeit

Zum dritten Mal bieten zahlreiche Initiativen in der Woche der Zukunftsfähigkeit Veranstaltungen an, um Menschen für die Idee einer umweltgerechten, sozial-verträglichen und wirtschaftlich stabilen Entwicklung im Sinne der Agenda 21 zu interessieren und sie für eigenes Engagement zu begeistern.

In den letzten beiden Jahren beteiligten sich mehr als 150 Agenda 21-, umwelt- und entwicklungspolitisch interessierte Initiativen bundesweit und in einigen europäischen Ländern. Eine Vielfalt von Angeboten macht die ganze Palette der Agenda 21-Themen lebendig - Zukunftsfähigkeit zum Ansehen, Anfassen und Erleben. Akteure aus Eine- Welt- Initiativen, Umweltverbänden, Politik, Verwaltung, Schulen, Wirtschaft, Bibliotheken, Religionsgemeinschaften und andere waren dabei.

Weitere Informationen: <http://www.woche-der-zukunftsfachigkeit.de>

Gastgeber der Konferenz sind Kids4Energy und Solar Schools Forum.

Anmeldungen bitte bis zum 1. September an Heming Bjorna (<mailto:hb@nee.no>).

Weitere Informationen erhalten Sie unter <http://www.school4energy.net>

11.10.2004, Dresden: Workshop: Wirtschaft in Bewegung

Nach dem erfolgreichen Kongress Wirtschaft in Bewegung "Mit dem Fahrrad zur Arbeit" im Hambacher Schloß bieten wir an, das Thema zu intensivieren.

Wie kann die Initiative Wirtschaft in Bewegung zu einer Bewegung werden?

Eingeladen sind alle, die sich mit der Thematik Nahmobilität, Fahrrad, Gesundheit, Wirtschaft und Umwelt beschäftigen.

Weitere Informationen:
<http://www.wirtschaftinbewegung.com/dresden.html>

21.-24.10.2004, Messe Augsburg: RENEXPO® 2004

Im Rahmen der Renexpo, der Messe für Erneuerbare Energien, findet heuer erstmals das Forum „International Business Exchange Forum Renewable Energy (IBEF)“ statt. Zielgruppe sind VertreterInnen aus Wirtschaft, Agenturen, Ministerien, Verbände, Forschungsinstituten, R&D Organisationen und andere Profit und Non-Profit Organisationen, die im Rahmen ihrer strategischen Überlegungen zur Internationalisierung geeignete Kooperationspartner für Projektentwicklung, Produktentwicklung, Vermarktung, Patent- und Lizenzverwertung, Joint Venture, Teilnahme an EU-geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie Finanzierung suchen. Im Zentrum des IBEF stehen Kooperationsgespräche zwischen deutschen und internationalen Firmenvertretern. Die Internetbörse "IBEF Business Matching Service" dient der Auswahl potenzieller zukünftiger Geschäftspartner und der Terminabsprache bereits im Vorfeld und bereitet damit das Kooperationsforum in Augsburg optimal vor. Genauere Infos über die Messe Augsburg sowie über das Forum finden Sie unter <http://www.energie-server.de>, <http://www.energy-server.com> sowie unter <http://www.renewable-forum.com>.

25.-27.10.2004, Loccum: „Öffentliche Haushalte und staatliche Handlungsfähigkeit“

Im Rahmen der Tagungsreihe der Evangelischen Akademie Loccum findet Ende Oktober in Kooperation mit dem Landesrechnungshof Niedersachsen eine Veranstaltung zur Frage „Sparen oder Verschulden“ statt. Es sollen fiskalische, politische und ethische Aspekte der Staatsverschuldung mit dem Ziel diskutiert werden, Orientierungslinien für eine mittel- und langfristige Verringerung der öffentlichen Schuldenlast herauszuarbeiten. Kontaktadressen:

<http://www.loccum.de> <mailto:eal@evlka.de>, Tel.: 05766/81-0

03.-05.11.2004, Wittenberg: 2. Internationaler Workshop „Business and Emissions Trading“

Der Workshop bietet speziell NachwuchswissenschaftlerInnen die Chance, ein Paper zu präsentieren und in einem international renommierten Verlag zu publizieren. Er wird organisiert von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Lehrstühle für Umweltökonomik und für Betriebliches Umweltmanagement) und der Arbeitsgruppe „Operations Research im Umweltmanagement“ der Gesellschaft für Operations Research (GOR).

Die Zahl der Teilnehmer ist auf maximal 20 NachwuchswissenschaftlerInnen begrenzt, um intensive Diskussionen zu ermöglichen. International führende ForscherInnen zu Fragen des Emissionshandels aus Unternehmensperspektive werden zudem Gastvorträge halten und während des Workshops anwesend sein. Detaillierte Informationen sind ersichtlich aus dem beigefügten Call for Abstracts/Papers und von unserer Homepage <http://www.wiwi.uni-halle.de/lui/bwl/umwelt/>. Bei Fragen und Kommentaren bitte wenden an Dr. Ralf Antes: <mailto:antes@wiwi.uni-halle.de>

05.-07.11.2004, Wetzlar: "EnergieTage Hessen 2004"

Der 6. Kongress für Erneuerbare Energien und Energieeffizientes Bauen und Sanieren wird in diesem Jahr im Rahmen der Messe "EnergieTage Hessen 2004" in der Stadthalle stattfinden. Der Kongress liefert einen umfassenden Marktüberblick über die Regenerativen in Hessen sowie Tipps und Tricks rund um das energieeffiziente Bauen und Sanieren. Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter: <http://www.energiertage.com>

08.-10.11.2004, Rehburg-Loccum: Tagung „Wirtschaftswachstum oder Klimaschutz“

Eine weitere interessante Veranstaltung der Tagungsreihe der Evangelischen Akademie Loccum findet Anfang November zum Thema Klimaschutz statt: „Dieses industriepolitische Kolloquium thematisiert das Problem der Kompatibilität zwischen einer anspruchsvollen Klimaschutzpolitik und gesellschaftlicher Wohlfahrt auf globaler, europäischer und deutscher Ebene. Sowohl prinzipiell-theoretische als auch empirisch-praktische Studienergebnisse werden zur Diskussion gestellt.“ Referenten werden unter anderem Dr. Anselm Görres, Vorsitzender des Fördervereins Ökologische Steuerreform, und Reinhard Loske, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen sein.

Kontaktadresse und Anforderung des Tagungsprogramms: <http://www.loccum.de>, <mailto:eal@evlka.de>, Tel.: 05766/81-0.

11.11.04, Berlin: Jahreskongress des Rates für Nachhaltige Entwicklung in Berlin. „Werte: woran orientiert sich Deutschlands Zukunft“?

Wo steht Deutschland mit seiner Nachhaltigkeitspolitik? Ist das Land seit der Verabschiedung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie im Jahr 2002 vorangekommen? Bei welchen Themen tritt die Politik auf der Stelle? Wie sehen die Werte der ersten Zwischenbilanz aus? Diese Fragen will der Rat für Nachhaltige Entwicklung auf seinem diesjährigen Jahreskongress am 11. November im

Berliner Congress Center öffentlich zur Debatte stellen. Bundeskanzler Schröder wird unter anderem über die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung sprechen. Weitere Informationen erhalten sie im Internet unter:

http://www.nachhaltigkeitsrat.de/service/download/jahreskongress/2004/RNE_Einladung_Jahreskongress_2004.pdf

12.-14.11.2004 Bad Boll: Herbsttagung des Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen und BUND AK Verkehr

Themen sind eine Bestandsaufnahme der BUND-Strategie für eine zukunftsfähige Mobilität insbesondere in Verknüpfung mit den ökonomischen Instrumenten im Verkehrsbereich. Beiträge sind u.a. geplant zu:

- Strategiediskussion Zukunftsfähige Mobilität
- Reform der KFZ-Steuer
- soziale Gesichtspunkte beim Einsatz ökonomischer Instrumente im Verkehrsbereich (Entfernungspauschale, Mineralölsteuer)
- Perspektiven einer Einbeziehung des Verkehrssektors in den Emissionshandel

Aktuelle Durchsetzungschancen ökonomischer Instrumente im Flugverkehr (inländische Kerosinsteuer, Emissionsabgaben, Emissionshandel)

Weitere Informationen: Jobst Kraus (Tel. 07164-79222), Sven Rudolph (0561-804-3062) oder Matthias Seiche (030-27586-433)

Mehr zu den Positionspapieren und Aktivitäten des BUND im Verkehrsbereich unter: <http://www.bund.net/verkehr>

11. FÖS: IN EIGENER SACHE

Der FÖS und die anstehende ÖSR-Überprüfung

Im Herbst steht laut Koalitionsvereinbarung eine Überprüfung der Ökologischen Steuerreform an. Damit wird innerhalb der Parteien und Verbände und auch öffentlich unser Thema wieder an Bedeutung gewinnen und sich damit ein wichtiges Fenster der Einflussnahme öffnen. Auch die Dis-

kussion um eine Gesundheitsreform mit steuerfinanziertem Sozialausgleich kann für Ökosteuern statt höhere Umsatz- oder Einkommensteuer und haben bereits eine Chance bedeuten.

Wir werden daher in den kommenden Monaten mehrere Kamingsprache mit Politikern, Verbän-

den und Wirtschaftsvertretern führen. Außerdem haben wir eine große Seminarinitiative gestartet und versuchen, möglichst viele Veranstaltungen zur Ökologischen Steuerreform in Akademien, Volkshochschulen und Universitäten anzustoßen und mit zu organisieren. Um uns und die Sache bei diesen Veranstaltungen angemessen präsentieren zu können, brauchen wir dringend eine zweite Auflage unsers neuen Memorandums (<http://www.foes-ev.de/downloads/Memo2004.pdf>), da wir nur noch wenige Restexemplare auf Lager haben. Eine Auflage mit 1000 Stück würde 2500 € kosten, die wir derzeit nicht finanzieren können.

Daher unsere Bitte: unterstützen Sie unsere Arbeit in dieser wichtigen Phase! So bald werden wir alle nicht mehr eine so gute Möglichkeit bekommen, für eine Weiterführung der Ökologischen Steuerreform zu kämpfen!

Wir freuen uns über jede Spende und werden uns bei allen Spendern namentlich in unserem Newsletter bedanken! Falls Sie eine Rückzahlung der Spende wünschen, wenn keine zweite Auflage re-

Haben Sie eine neue Adresse oder E-mail?

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder e-Mail-Adressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und/oder werden Sie Mitglied bei uns! Wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newslettern sind, können sich überlegen, ob

alisiert werden kann, geben sie Bitte im Verwendungszweck „Zweite Auflage Memorandum“ an.

Falls Sie die zweite Auflage insgesamt sponsern wollen, kann dies im Memorandum erwähnt werden. Einzelspendern, die im Verwendungszweck „Zweite Auflage Memorandum“ angegeben haben, würden auch in diesem Fall ihr Geld zurück bekommen.

GLS Gemeinschaftsbank e.G. BLZ 430 609 67
Konto 804 371 30 00

Unter

<http://www.spendenportal.de/main/org.php?id=803331006756> können Sie uns auch online spenden.

Bisher haben gespendet: Franz Martin Dübel, dezem GmbH, Dr. Heinrich Jüttner, Horst Rüdiger Colsmann, Prof. Dr. Roland Greitmann, Alfred Brunner, Prof. Dr. Holger Rogall und Uwe Heindel.

Vielen herzlichen Dank für diese Unterstützung!

sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: GLS Gemeinschaftsbank e.G. BLZ 430 609 67 Konto 804 371 30 00

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglied unterstützten. Der Beitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter <http://www.foes-ev.de/kontakt.html>.

Wie kann der Newsletter noch besser werden?

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen (<mailto:foes@foes-ev.de>).